

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubauerstr. 5/6,
und durch Solvaystr. 20 zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei im Haus Mf. 2.00,
wo keine Post am Ort. Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr
für die einjährige Abnahme
über einen Raum 20 Pf.
Zusätzliche Inserat 40 Pf.
Zusätzliche unter Tag 1 Pf.
Inserate für Kleinanzeigen 1 Pf.
Abbestellungsgebühr
Verordnungs-Verordnungs-Verordnungs-
15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 3 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 263.

Breslau, Sonnabend, den 8. November 1913.

24. Jahrgang.

Siege im Reiche.

Am Dienstag und Mittwoch fanden in Pommern die Stadtverordnetenwahlen statt. Es galt für die Sozialdemokratie, die letzten vier Sitze der dritten Klasse zu erobern. Die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten 235 Stimmen auf sich, während auf die zwei Listen der vereinigten Liberalen und der Rechtsparteien zusammen 681 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokratie befindet sich nunmehr im Besitz der sämtlichen 37 Sitze der dritten Wählerklasse.

Die Stadtverordnetenwahlen in Kronenberg (Mheinl.) endeten ebenfalls mit einem Siege der Sozialdemokratie. Auf die Sozialdemokratie entfielen 675 Stimmen, während auf die Liste der Gegner 200 Stimmen entfielen. Die sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt, somit befindet sich auch die dritte Klasse vollständig in den Händen der Sozialdemokratie.

Genossen, rührt Euch allerorts, um diese schönen Erfolge nachzuah-en!

Krise und Arbeiterklasse.

Mit harten Schlägen bringt der Kapitalismus dem Proletariat die Einsicht für die Segnungen der bürgerlichen Wirtschaftsordnung bei. Nach nicht vor Jahresfrist erschütterten blutigen Kriegen die zivilisierte Welt, tobte die Kriegswut an der Peripherie Europas, und ein gut Teil Hunderte vor dem revolutionären Proletariat war es, die verhinderte, daß der Kriegsbrand auch in die mit Sprengstoff geschwängerte Atmosphäre des Abendlandes geschleudert wurde.

Die Kriegstrommel ruht! Aber die Massen gewaltfam aufsteigend, zieht durch die Lande, Not und Elend hinter sich ziehend, das Totengespenst des Kapitalismus — die Krise. Kein Protest vermag die immer wiederkehrende hinwegzuschaffen. Fest verwurzelt ist sie in der heutigen Gesellschaftsordnung, steht und fällt mit ihr. Die Fabriken stehen still, die Kapitalisten klüpfeln erschreckt in den Schoß ihres Besitzers, die Arbeiter wirft man auf Pflaster, beraubt sie der notwendigsten Lebensmittel, weil sie — zuviel Waren geschaffen haben!

„Krisen aus Ueberfluß“, als die notwendige Folge eines „fehlhaften Kreislaufes“, nannte schon der große Utopist Fourier die gewaltvollen Entladungen kapitalistischer Widersprüche. Wöglich einsehend, um dann wieder einer besseren Konjunktur Wlay zu machen, verringert sich die Zeitspanne zwischen Konjunktur und Krise mehr und mehr. Die Gesellschaft, die das Kriseln in den Gliedern ihres so widerspruchsvollen Körpers verspürt, fühlt sich erschreckt und sucht nach Abhilfe. In ihrer Unfähigkeit, die wühlenden Kräfte zu begreifen, muß sie schließlich die Nutzlosigkeit ihrer Krisendämpfung einsehen. Man denke an die Hoffnungen unserer Oekonomiprofessoren auf die Trübs und Monopolbildungen. Das Zeitalter der rüstigen Entwicklung schien erreicht. Um so größer war der Kagenjammer, als die Krise des Jahres 1907 hereinbrach. Wie Seifenblasen zerplatzten alle Wundermärchen vom „krisenlosen“ Kapitalismus. Wohl vermochten die Trübs die Formen der Krisen zu ändern, weniger schmerzhaft aber wurden sie nicht. Soweit die Trübsgebilde auf die Entschung und den Verlauf der Krisen überhaupt irgendwelchen Einfluß ausüben konnten, war derselbe schon beschränkt durch die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion. Wohl vermögen die Industriekrieger bei dem Nahe einer Krise die Produktion einzuschränken, größere Preisstürze wenigstens in den kartellierten Industrien zu vermeiden, sie vermögen auch den Uebergang von guter Konjunktur zur Krise der Plötzlichkeit zu ullauben. Um so länger aber ist ihre Dauer und um so fühlbarer sind ihre Wirkungen.

Erst eine Wirtschaftsordnung, in der Konsumtion und Produktion geregelt ist, wäre vernünftig. Aber auf Vernunft und Volkswohlfahrt besteht der Kapitalismus, wenn es keinen lohnenden Profit abwirft. Aber die Profite drängen die Kapitalisten, ihre Betriebe auszudehnen. Der zu Kapital gewordene Profit schreit nach Vermehrung. Die Ausdehnungskraft der Produktion wird zum Ausdehnungsbedürfnis. Der Kapitalist muß bei Strafe des Unterganges seinen Betrieb vergrößern, die Technik vervollkommen. Je größer aber sein Betrieb, je wohlfeiler seine technische Einrichtung, um so größer die Warenmengen, die verkauft sein wollen. Ist der Markt nicht mehr aufnahmefähig, dann beginnt ein krampfhaftes Suchen nach neuen Absatzgebieten. Man erglückt Afrika, Asien, Amerika mit den mitunter sehr zweifelhaften Kulturprodukten der Industrieländer, gründet Kolonien usw. Aber die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit den Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich. Es hilft nichts, daß der Kapitalismus den Militarismus zu einer ausgetübten Kräfte für seine Profitmacherei gestaltet. Seine Versuche, die Kolonialgebiete als günstige Absatzmärkte zu benutzen, erweisen sich als trügerisch. Sie helfen im Gegenteil die Situation noch verschärfen, wenn sie schon selbst in das Stadium eines erdortierenden Staates

getreten sind. Sogar das so viel gepriesene Trübsystem vermag. Der Verkehr stockt, die Waren verkommen, die Märkte sind überfüllt, Krach folgt auf Krach, Bankrott auf Bankrott, alle Gesetze der Warenproduktion sind auf den Kopf gestellt. Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise. Allmählich ist der Ueberfluß aufgebraucht, die Krise weicht, die Produktion beginnt wieder, erst langsam und zaghaft, geht dann in Hochkonjunktur über, um schließlich im Graben eines neuen Krachs zu enden.

Nun ist es selbstverständlich, daß die Neubildungen im Wirtschaftsleben nicht ohne Einfluß auf die Krise vorübergehen konnten. In Zeiten früherer wirtschaftlicher Depressionen wurden die Waren massenhaft unter ihrem Werte verkauft. Die Preise sanken rapid, um erst wieder in den Zeiten der aufwärtsbewegenden Konjunktur zu steigen. Wie anders ist es heute! Dank der Trübs und Verkaufsmonopole bleiben die hohen Preise auch während der Krise erhalten, um aber trotzdem während des wirtschaftlichen Aufstiegs noch weiter in die Höhe zu schnellen. So erweisen sich die Trübs als das Mittel, durch ihr preisdrückendes Wesen die Follage des Proletariats während einer Krise zu verschlimmern.

Doch nicht nur die Arbeiterklasse wird während einer Krise aufs Schwerste getroffen. Auch die Klasse der Kapitalisten hat bei Beginn der neuen Konjunktur geliehete Reichtum. Wenn dem Kapitalisten, der unter die Räder der alles zermalmenden, in den Zeiten einer Krise gewaltfam arbeitenden Konzentrationsmaschine kommt. Sein rettungsloser Ruin ist die Folge. Und das ist das revolutionäre Element der Krise, daß sie die Konzentration des Kapitals beschleunigt, viele kleine und größere Kapitalisten verschlägt, die Kartell- und Trübsbildung in schärferer Gangart fördert und so dem Sozialismus die Bahn ebnet.

Auf jenen Gebieten, die schon heute die Produktion in ausgedehntem Maße beherrschen und regeln, wird einfluß der Sozialismus sein siegreiches Banner entfalten. Von der Klarheit der proletarischen Erkenntnis, der revolutionären Energie und der Geschlossenheit der Massen wird es abhängen, wie lange noch der Kapitalismus mit seinen Segnungen die Menschheit überschütten wird.

Der Kampf des Proletariats gegen die Krisen kann nur als ein Kampf gegen den gesamten Kapitalismus geführt werden. Mit ihm steht und fällt die widerwärtige Wirtschaftsordnung, mit ihren Krisen, ihrem Elend und ihrer Not. Sie wird und muß fallen, um einem neuen Produktionsystem Wlay zu machen: dem Sozialismus.

Politische Ueberblick.

Nichtvereidigt!

Die entwürdigten Kruppdirektoren.

Von den spannungsvollen Vorgängen, die sich im Krupp-projekt bei der Erörterung der Frage abspielten, ob die als Zeugen vernommenen Kruppdirektoren zu vereidigen seien, gibt der nationalliberale „Deutsche Kurier“ das folgende gut gesehene Stimmungsbild:

Als der Staatsanwalt gegen 3 Uhr die Nichtvereidigung der Zeugen Roetger, Mühlton, Deeger und Marquardt wegen Verdachtes der Teilnahme beantragt, rufen die hochmögenden Direktoren auf der ersten Zeugenbank nervös zusammen und tüscheln aufgeregt miteinander. Wöglich springen die Herren Roetger, und Dr. Mühlton auf und wollen etwas reden. Aber der Vorsitzende ruft schneidend: „Ich erteile Ihnen jetzt das Wort nicht.“ Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Müßer, sich läßt Landrat Roetger hin und her und stößt abgerissene kleine Schreie aus: „Das ist unerhört!“ „Man schneidet uns die bürgerliche Ehre ab.“ „Nach einer langen bangen Stunde erscheinen die Herren des Gerichtshofes wieder, ernst mit steinernen Gesichtern: „Drei Kruppdirektoren, der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Industrieller und Herr v. Wehen werden nicht vereidigt.“ ... Finsteren Blickes, ohne wie sonst immer nach allen Seiten zu greifen, marschiert das Kruppdirektorium zum Saal hinaus.

Schadenfreude ist gewiß nicht die schönste menschliche Eigenschaft und doch wird es in Effen und andernwärts viele geben, die den Kruppdirektoren die Unnehmlichkeiten jener Stunde von Herzen gegönnt haben. Denn der Spruch des Gerichtes war zugleich auch eine moralische Niederlage des politischen Scharfmacher- und Herrenmenschenums, das von diesen Herren in typischer Weise vertreten wird. Die Arbeiterbewegung hat auf deutschem Boden keinen fanatischeren Feind als den Vorsitzenden des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, den Mann mit der abgeschliffenen bürgerlichen Ehre. Es wird interessant sein, zu erfahren, ob der Zentralverband in diesem Herrn, der der Teilnahme an der Beamtenbestechung verdächtig ist, immer noch einen seiner würdigen Vorsitzenden erblickt.

Wo liegt die Schuld?

In der freisinnigen Presse veröffentlicht ein Mitglied der Fleischensquete-Kommission eine kurze Ueberblick über die Arbeiten dieser Kommission. Nach dieser Darstellung hat die Untersuchung ergeben, daß die Flehärtler, Sänbler und Flecker oder

gar die Kommunen als Viehhofbesitzer an der Fleischsteuerung nicht schuld sind. In der Preisbildung auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten liege kein Faktor, der sich bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausschalten ließe oder dem die Ursachen an der Steuerung zuzuschreiben seien. Gegenüber den Versuchen der Agrarier und auch der Regierung, die Händler und Ladenbesitzer als die alleinigen Sündenböcke vorzuschützen, kommt diesen Feststellungen der Kommission innerlich ein gewisser Wert zu. Mit Recht betont das Kommissionsmitglied jedoch, daß dieses rein negative Resultat sich ergeben mußte, weil die Frage nach den wahren Ursachen der Fleischsteuerung und den geeigneten Mitteln zu ihrer Befhebung von vornherein aus geschlossen wurde. Die Kommission dürfte sich nur mit den Einzelheiten der Preisbildung im inländischen Verkehr beschäftigen. Der preisbestimmende Hauptfaktor, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, war von der Beratung ausgeschlossen. Die ungenügende Viehhaltung im Inlande, die Abperrung der Grenzen gegen die Einfuhr ausländischen Fleisches müssen bei wachsender Bevölkerung und steigendem Bedarf zu der Höhe der Fleischsteuerung führen, die für die breiten Massen das Fleischnahrungsmittel zu einem unerschwinglichen Luxus- und Genussmittel gemacht haben. Erst der Bruch mit der agrarischen Hochschutzzollpolitik kann da Abhilfe bringen. Vor dieser wichtigen Erkenntnis hat die Kommission absichtlich ihre Augen verschlossen.

Preußen macht moralische Eroberungen.

Die norwegische Presse findet, wie es nicht anders zu erwarten war, das Verbot des norwegischen Vortrages Amundsen in Hensburg unerklärlich. Ein Staatsrechtslehrer vermag nicht zu begreifen, wie man den Vortrag als Mittel der dänischen Propaganda habe ansehen können, und meint, daß die preussische Regierung die Rücksichten verlegt habe, die man sonst gegen die Untertanen eines anderen Landes nehme. Das konservative „Morgenblatt“ spricht von der „Dummheit“ der Hensburger Lokalbehörden und meint, über die könne man hinwegkommen, wenn es nicht überall in Norwegen auffallen müßte, daß es untergeordneten Beamten erlaubt sein sollte, das große Deutsche Reich lächerlich zu machen und unter den Freunden der deutschen Nation Mißstimmung zu erwecken. Dann aber fährt die Zeitung fort:

„Wenn dem preussischen Minister des Innern von vornherein dieses Verbot bekannt war, und er es nicht verhindern ließ, dann bleibt die Angelegenheit nicht nur lächerlich, sondern sie erhält zudem den Charakter einer Beleidigung, nicht nur dem weltbekannten Entdecker gegenüber, sondern auch der Nation, der er angehört.“

Das radikale „Dagbladet“ endlich meint, seit den Tagen des Hauptmanns von Köpenick habe man sich nicht so über das Auftreten der deutschen Behörden amüßert, wie heute. Der Regierungspräsident lasse seinem Nachfolger nichts mehr zu erobern übrig.

Die preussischen Beamten in Nordschleswig aber legen in demselben Moment, wo diese für das gesamte Deutschland Klamakle stützt zu uns herüberträgt, Wert auf die Feststellung, daß, wenn es nach ihnen geht, nicht nur der alte Kreis beibehalten wird, sondern noch schärfere Maßregeln ergriffen werden.

Bei dem Abschiedessen für den aus Hadersleben scheidenden Landrat Orlander, der ins preussische Ministerium des Innern berufen ist, hielt am Dienstag der Regierungspräsident Wert eine Rede, in der er versicherte, daß die ganze deutsche Bevölkerung Schleswig-Holsteins, soweit sie national empfinde, nach Maßnahmen rufe, die geeignet seien, die „zügellose dänische Agitation“ einzuschränken.

Der Herr Regierungspräsident erkennt nach besterem Preußenmanier damit einmal wieder all denen die nationale Gesinnung ab, die nicht so wollen, wie die Surrapatrioten und die in ihrem Sinne arbeitende Regierung. Das sind aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen und jene ruhigen Elemente aus dem bürgerlichen Lager, die sich in dem sogenannten „Friedensverein“ zusammengeschlossen haben und die Germanisierungsmethoden der Nordmark-Sakristen ablehnen.

Der Regierungspräsident aber glaubt, in der Berufung des Landrats Orlander, eines der rücksichtslosesten Vertreter der horstischen Reaktion, in das Ministerium des Innern den Schluß ziehen zu dürfen, daß in Berlin auf die Stimmen der maßvollen Elemente des Landes nach wie vor nicht gehört werden wird. Und dieser Schluß ist zweifellos berechtigt, denn an der Spitze des preussischen Ministeriums des Innern steht Herr v. Dallwitz.

Die klagen Opferwilligen.

Je näher der Termin heranrückt, an dem die Besitzenden in den Beutel greifen müssen, um den Wehrbeitrag zu entrichten, desto betrübter und ärgerlicher werden sie. Von der anfänglich so viel gepriesenen, freudigen Opferwilligkeit ist schon nichts mehr zu merken. So klagt die „Kreuzzeitung“:

„Bei der bekannten Unmuthigkeit der finanziellen Beiträge in den verschiedenen Bundesstaaten wird es bis zur

Anpassung an die Reichssteuerordnung noch viel Arbeit geben und — alle in Unwissen. Wir sind gar nicht im Zweifel, daß, je näher der Termin für die praktische Auflegung der Vermögenszuwachssteuer heranrückt, desto weiter die Einsicht Vornehmen wird, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn nach den ursprünglichen Absichten der Regierung und nach den bis jetzt aufrechterhaltenen Prinzipien der Konventionen der Bundesstaaten eine größere Bewegungsfreiheit in der Einbringung der Besitzsteuer nachstanden worden wäre. Die theoretischen Gründe für das Beharren auf den verfassungswidrlichen Grundlagen unserer Finanzpolitik sind von konventioneller Seite der Öffentlichkeit unzulässig vorgehalten worden; die letzten Nachwirkungen der Untergrabung der finanziellen Selbstständigkeit der Bundesstaaten werden jetzt genug sich einstellen."

Der Schmerz der preussischen Junker ist zu verstehen. Wenn man es dem preussischen Landtag überlassen hätte, eine Besitzsteuer für das Reich zu machen, dann hätten es die Konventionen vielleicht verstanden, noch eine kleine Liebesgabe für sich herauszuschlagen.

Im Kampf gegen die Volksfürsorge.

In der Nr. 42 des „Archiv für Versicherungswissenschaft“ vom 1. November ist folgendes zu lesen:

Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten soll die Kosten für den in voriger Woche stattgehabten politischen Rednerkursus des Bundes der Landwirte zur Hälfte übernommen haben. Ob dieser nicht unbeträchtliche Betrag aus dem Organisationsfonds entnommen wird, welchen die Provinzen bzw. Landschaften dem Verband zur Förderung der Volksversicherung überwiesen haben, oder ob dafür die Gesamtheit der Versicherten aufkommen muß, wissen wir nicht. Dem Bund der Landwirte kann es ja schließlich nur angenehm sein, wenn ein anderer seine Agitation bezahlt.

Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten gehört zu denen, die die Volksfürsorge bekämpfen, weil sie politischen Charakter trage. Wenn ausgerechnet dieser Verband jetzt den Bund der Landwirte unterstützte, wäre das zweifellos von besonderem Reiz.

„Majestät!“

Als der Sohn Ludwigs XV. von Frankreich, der Thronfolger, gestorben war, und irgend eine Reputationserhöhe, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen, kündigte der Hofmarschall mit den Worten: „Gott, die Vertreter von X, der Leiche die Besuche an. Diese Stelle aus dem vorrevolutionären Frankreich kommt einem ins Gedächtnis, wenn man von dem Verkauf der Vikar hört, die die beiden beauftragten Vertreter des bayerischen Landtags bei dem künftigen König Otto gemacht haben.

Im Empfangslokal mit der gepulverten Mauer läuft der Gelfestranke auf und ab. Ohne Unterbrechung trippelt er drei, vier Schritte vorwärts und wieder zurück. Er murmelt Unterständliches. Nur hin und wieder verzieht man Schimpfworte. Da führt der Hofmarschall die beiden Abgeordneten hinein, und meldet sie an: „Majestät, hier sind die Herren Landtagsabgeordneten Siegel und Dr. Caspelmann, welche ihre Aufwartung machen zu dürfen bitten.“

Der Gelfestranke laßt sich natürlich keine Vorstellung von der Bedeutung dieser Worte machen. Er rennt weiter hin und her, schimpft, flucht und wirft schließlich das Teegeschirr in die Gasse. Aber er klebt Majestät! Er hat kein Schloß, keine Diener, keinen Hofmarschall und Landtagsabgeordnete werden mit demselben Zeremoniell vor ihn geführt, das bei Königen gilt, die als regierungsfähig gelten. Sie bitten durch den Hofmarschall ihre Aufwartung machen zu dürfen. Hundertdreißig Jahre nachdem der Sohn jenes französischen Thronfolgers im Namen der Vernunft aller Majestätsrechte entseht worden ist.

Die Betriebsmittel der deutschen Binnenschifffahrt.

Die Fertigstellung des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin, die Eröffnung des Berliner Osthafens und ähnlicher Anlagen in anderen deutschen Großstädten, sowie zahlreiche Kanal- und Hafenbauprojekte zeigen, daß die Bedeutung des Binnenschiffahrtsverkehrs für die inlandische Güterbeförderung noch sehr stark im Wachsen begriffen ist. Mit der Erweiterung des Wasserstraßen-

netzes steigt natürlich auch der Bedarf an Wasserfahrzeugen. Infolgedessen wird voraussichtlich der Bestand an deutschen Binnenschiffen in den kommenden Jahren wieder sehr stark erhöht werden. Bekanntlich war schon in den letzten Jahren ein überaus kräftiges Anwachsen des verfügbaren Laderaums zu verzeichnen, so daß in einzelnen Gebieten die Rentabilität der Schiffahrtsgesellschaften durch die allzu rasche Vermehrung der Betriebsmittel merklich beeinträchtigt wurde. In den Jahren 1887 bis 1907 entwickelte sich der Bestand der zur gewerbsmäßigen Frachtbeförderung dienenden Binnenschiffe und ihre Tragfähigkeit wie folgt:

Nr. d. Dez.	Zahl der Schiffe überhaupt	Zahl der Schiffe v. Tragfähigkeit nachgew. wurde.	Die Tragfähigkeit, betrug in Tonnen
1887	20 800	19 989	2 100 705
1892	22 848	22 878	2 780 531
1897	22 654	21 915	3 370 447
1902	21 834	23 447	4 877 599
1907	26 285	26 191	5 914 020

Nächst hat sich in den Jahren 1887 bis 1907 die Tonnage der deutschen Binnenschiffe nahezu verdreifacht. Nach ihrer Tragfähigkeit verteilen sich die Schiffe in nachstehender Weise:

Jahr	Anzahl der Schiffe, deren Tragfähigkeit betrug in Tonnen unter 50	50—250	250—500	500—1000	1000 u. darüber
1887	7 507	10 991	1 271	133	81
1893	7 783	13 816	1 822	191	266
1897	7 178	11 516	2 746	334	216
1902	7 131	11 067	4 087	692	939
1907	7 393	11 697	4 939	899	1 218

Die Zahl der kleinsten Fahrzeuge hat demnach seit dem Jahre 1887 etwas abgenommen, während sich bei den größeren ein ziemlich rasches Anwachsen des Bestandes zeigt.

Das Ende der bayerischen Königsmaherie.

In einer Viertelstunde bestätigte am Donnerstag nachmittags die bayerische Abgeordnetenkammer, daß die Regentenschaft zu Recht beendigt worden sei. Die bürgerlichen Parteien gaben kurze Erklärungen ab, in denen sie ihre Heberzeugung ausdrückten, daß König Otto ungewisselhaft dauernd unheilbar geisteskrank sei. Für die Sozialdemokratie wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Proklamation des Königs ist erfolgt, bevor der Landtag in der Lage war, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ernennung der Regentenschaft zu prüfen. Die Staatsregierung hat den Landtag vor vollendete Tatsachen gestellt. Dain sieht die Sozialdemokratie eine Verletzung der Verfassung, die nach den jüngsten Wendungen der Verfassung für die Ernennung der Regentenschaft gegeben sind. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ihre Teilnahme an einer von ihr als verfassungswidrig erkannten Aktion ab und wird auch aus diesem Grunde und insoweit der ganzen Art, in der die jüngste Verfassungsänderung erfolgt und die Regentenschaft herbeigeführt worden ist, an der diese Vorgänge sanktionierenden Abkündigung sich nicht beteiligen.“

Der Ministerpräsident protestierte in einer kurzen Bemerkung namens des Gesamtministeriums gegen den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit. Die Sozialdemokraten riefen: „Das nicht nichts, es ist doch so! — Darauf stimmten die bürgerlichen Parteien einstimmig zu.“

Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt. Sonntags wird der König verheiratet. — Die Regierung läßt dem Landtage sofort eine abgeänderte Vorlage über den Etat des künftigen Jahres zugehen, in der die früher erforderliche Erhöhung der Zivilliste gemäß den jetzt vollzogenen Veränderungen geregelt wird.

Nachspiel zum ersten Krupp-Prozess. Die Privatbeleidigungsklage v. Meyers gegen den Rechtsanwalt Kurt Ulrich wegen der Verteidigerrede in dem Reichsgerichtlichen Prozeß gegen die Zeugoffiziere Tiliak und Grotzen wurde von der Reichsluftkammer des Reichsgerichts in Berlin-Mitte kostenpflichtig abgenommen mit dem Bemerkens, daß Rechtsanwalt Ulrich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Noch ein interessanter Krupp-Prozess. Der Oberstaatsanwalt teilte am Schluss der Sitzung vom Mittwoch mit, daß er für Freitag einen weiteren Zeugen, den Major a. D. Wangelmann genannt habe. Veranlassung dazu bot, wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, ein in einem eigenhändig geschriebenen Briefe des Direktor Uccius an Herrn v. Meyers vom 13. März 1910 enthaltener Passus: „Ich möchte bemerken nach Berlin kommen zwecks Einleitung des Falles Wangelmann... Major a. D. Wangelmann, der früher bei der Artillerie-Prüfungskommission tätig war, soll, so wird behauptet, gegen ein Monatsgehalt von 400 Mk. für die Firma Krupp tätig gewesen sein.“

Der Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen. Im bayerischen Ministerium des Innern fand eine Besprechung zwischen Vertretern beider Parteien statt. Von den Ärzten wurde der bayerischen Regierung empfohlen, das Reichsamt des Innern zur Einleitung einer Verwaltungsaktion zu veranlassen.

Angeblick haben auch die bayerische und die württembergische Regierung dieses Bestreben.

Ein Sieg der Junker. Karl Weisers Jesus-Exposition ist nicht öffentlich aufgeführt worden. So entschied bekanntlich noch zu Lebzeiten des Dichters der weimarsche Regierungspräsident Trautwetter in Eisenach. Im Landtage kam das Verbot zur Sprache. Genosse Wandert wandte sich sofort gegen das Verbot und rief der Regierung zu, daß sie mit diesem Verbot dem Künstler einen Stoß ins Herz versetze. Der Dichter Karl Weiser starb auch bald darauf, aber er machte testamentarisch seinen Hinterbliebenen zur Pflicht, gegen das vom Ministerium in Weimar bestätigte Verbot anzukämpfen. Weisers Witwe erhob auch gegen das Verbot Beschwerde, die am 6. November vor dem Thüringer Obergerichtsgericht zur Verhandlung stand. Die Entscheidung befälligte aber das Verbot, sodas Pfaffen und Junker über diese Knebelung freier Kunstschafferei triumphieren können.

Ein Opfer der medlenburgischen Junker. Die medlenburgischen Minister haben bekanntlich ihre Demission eingereicht, weil die Junker erneut die Verfassungsreform vereitelt haben. Während die Medlenburg-Streitkräfte Minister bleiben, ist der Abgang des Staatsministers v. Bassow in Medlenburg-Schwerin sicher. An seine Stelle soll der Landrat v. Matzan-Melgorn treten.

Ausland.

Spaltung der „unabhängigen Sozialisten“.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 3. November: In Grenoble tagte am Sonnabend und Sonntag der Kongress der „unabhängigen Sozialisten“, die sich seit einiger Zeit „Republikaner-Sozialisten“ nennen. Etwa hundert Delegierte waren anwesend, die angeblich von einzelnen Föderationen geschickt wurden; da jedoch die sogenannten „Föderationen“ der unabhängigen Sozialisten überall nur auf dem Papier bestehen, darf man annehmen, daß die meisten Delegierten sich selbst ein Mandat ausgestellt hatten. Nichts ist bezeichnender, als die kleine Szene, die sich bei der Wahl des Präsidenten des Kongresses abspielte. Vorgeschieden wurde der Abgeordnete Vanbrue. Einige der Delegierten protestierten dagegen mit dem Hinweis, daß Landry überhaupt kein Mandat habe. Das rief einen ungeheuren Skandal hervor, und erst nachdem dieser etwa eine halbe Stunde gedauert, entschloß sich Landry, ein Mandat aus der Tasche zu ziehen, das ihm von der Jungel Martini que angeblich ausgestellt war. Der Kongress lachte, hielt die Legitimation jedoch für genügend, und so wurde Herr Landry Präsident. Die Bedeutung der Partei der unabhängigen Sozialisten beruht darin, daß sich 25 Abgeordnete in der Kammer zu ihr rechnen und daß alle Vorkämpfer, die früher zur französischen Sozialdemokratie gehörten und ihr, wie Briand, Willrand, Viviani, Lugagneur untreu wurden, um zur Macht zu gelangen, zu ihr geflüchtet haben. Nun sind jedoch in der Fraktion der Unabhängigen seit längerer Zeit zwei Strömungen entstanden, die sich sehr feindlich gegenübersehen. Die eine hat zu ihren Führern Willrand und Briand, gebildet sich so national und rüfungsfreundlich wie die offiziellen Sozialisten und sieht vor allem darauf, ihre gouvernementalen Aktivitäten zu verkettern. An der Spitze der anderen steht der ehemalige sozialistische Bürgermeister von Lyon und Generalsekretär von Madagaskar Lugagneur, der Briand persönlich haßt und der für eine Politik eintritt, die derjenigen der Sozialisten mehr entgegenkommt. Zwischen der Gesamtfraktion der Unabhängigen und der „Parteilosen“, deren sich die früheren Sozialisten Jevoas bemächtigt hat, ein leidenschaftlicher Parteigänger Briands, der an konparatistischen Märkten mitarbeitet, war ein Konflikt ausgebrochen, der die Kammerfraktion veranlaßte, vor dem Kongress die Erklärung abzugeben, daß kein einziger Parteimitglied zu den Verhandlungen erscheinen würde. Und tatsächlich war bei der Eröffnung am Sonnabend auch keiner da. Aber plötzlich erschienen zwei der bündnisfähigen Mitglieder, Landry und Jaffrelot, denen Briand Lugagneur folgte, der sofort das Wort verlangte, und dem es auch gelang, einen Antrag durchzubringen, der die unbedingte Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit fordert. Die bündnisfähige mitterandische Fraktion schien in der Minderheit zu bleiben. Aber bei den Schlussabstimmungen zeigte sich das stille Lobwache, das in der „Partei“ der Unabhängigen herrscht. Lugagneur stellte den Antrag, Briand und Willrand auszuscheiden. Der Antrag, der dadurch hervorgerufen wurde, war so faßlich, daß es überhaupt nicht zur Abstimmung über den Antrag kam. Dagegen wurde bei der Wahl der neuen permanenten Verwaltungskommission die Liste der Bündnisfähigen glatt gewählt. Bei der Verkündung des Resultates standen 47 Delegierte unter der Führung Lugagneurs auf und verließen den Kongress. Wenn diese „Welle“ überlagert war, so ist damit die offizielle Spaltung unter den Unabhängigen besiegelt. Ob das auch in der Kammerfraktion zu einer endgültigen Trennung der Geister führen wird, läßt sich nicht voraussagen. Da der Zusammenhang zwischen Fraktion und Partei von jeher nur sehr lose war, ist es nicht unbedingt nötig, aus Opportunismusgründen werden sie vielleicht zusammenbleiben, obschon die einen für die drei

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

18] (Nachdruck verboten.)

Er hat den Arm; jögern legte sie die Fingerhüpfen hinein; sie hätte dem Kapitän gern die Verlegenheit erspart, die Gesellschaft schon bei Tisch zu finden. Aber schon hatte der Vater Mietings Mutter, der gelante Präsident Mieting selbst den Arm geboten; die drei Paare bewegten sich nach der Tafel, welche zwischen ihnen und der Tür hergerichtet war, als die Tür sich öffnete und die wunderliche Gestalt eines häßlichen Mannes in Grad und hohen Wasserstiefeln eintrat, in welcher Gasse zu ihrem Schreden den Kapitän erkannte. Aber im nächsten Augenblick mußte sie lächeln, wie die Anderen. Mieting ließ den Arm des Präsidenten los und führte in eine Ecke des Saales, um das kontroversielle Gespräch, in das sie bei dem unvertretenen Anblick ausgebrochen war, hinter ihrem Rücken zu verbergen.

„Ich bitte um Entschuldigung“, sagte Reinhold, aber die Gasse, mit der wir heute noch Schiffe aufbrechen, ist, wie ich selber erst jetzt bemerke, einer jungen Auswühl meiner Garde nicht ähnlich gewesen.“

Und da diese Gasse nur uns zugute gekommen, so haben wir am heutigen Tage, dem kleinen Mißgeschick größeres Gewicht beizulegen, als es an und für sich verdient“, sagte der Präsident sehr höflich.

„Warum haben Sie sich nicht an meinen Kammerdiener gewandt?“ fragte der Graf mit sanftem Vorwurf.

„Ich suchte den Antrag sehr heimlich“, sagte Gasse mit einer verzweifelten Andeutung, ihren Ernst wieder zu gewinnen, und mit einem fragenden Blick auf Mieting, die zwar aus ihrer Ecke hervorgetreten war, aber noch immer nicht wagte, das Tuch von dem Gesicht zu nehmen.

„Das ist viel mehr, als ich irgend gehofft habe“, sagte Reinhold.

Man hatte an der Tafel Platz genommen; Reinhold dem Grafen gerade und Gasse schräg gegenüber; während er zu seiner linken Praxien Mieting, zu seiner Rechten Herr von Strammn hatte, einen breitschultrigen Herrn mit einem roten Gesicht, dessen unterer Teil von einem breiten, roten Bart bedeckt war, und dessen breite laute Stimme Reinhold um so unheimlicher war, als sie fortwährend in das leise, lästige Gespräch der jungen Dame zu seiner linken hineinklang. Das

gutmütige Kind hatte sich vorgenommen, Reinhold ihr unpassendes Benehmen von vorn zu vergessen zu machen, die Ausföhrung dieses Entschlusses wurde ihr um so leichter, als sie jetzt, so das Licht so gnädig die lächerlichen Wasserstiefeln verdeckte, bedächtig fand, was sie gleich beim ersten Blick gesehen zu haben glaubte: daß der Kapitän mit seinen großen, hellen blauen Augen, seiner braunen Gesichtsfarbe und seinem krausen braunen Vollbart ein hübscher, ein sehr hübscher Mann sei. Nachdem sie allen diese wichtige Entdeckung durch einige bezeichnende Blicke und erklärendes Nicken mitzutun verstanden und zu ihrer Freude durch Gassen und Kopfsteinen die Bestätigung erhalten hatte, gab sie sich den Vergnügen der Unterhaltung mit dem hübschen Manne um so eifriger hin, als sie nicht war, daß dieser Eifer von dem Grafen nicht unbemerkt bleiben würde. Wüste sie doch aus Erfahrung, daß er es durchaus nicht gern sah, ja, es als eine Art persönlicher Beleidigung empfand, wenn Damen, um deren Gunst er selbst sich nicht einmal bemüht, in seiner Gegenwart andere Herren auszuzeichnen. Und daß dieser Herr ein einfacher Kapitän war, um dessen Gesellschaftsfähigkeit man noch kurz vorher verhandelt, machte in ihren hübschen Augen die Sache noch ausnehmend gut genug. Der Kapitän hatte so viel Geschichten zu erzählen, und er erzählte so leicht und so treuherzig! — „Du glaubst nicht, Gasse, wie interessant das ist!“ rief sie über den Tisch hinweg, „ich würde ihm die ganze Nacht zuhören!“

„Das gute Kind ist in ihrem Gespräch nicht eben wählerisch“, sagte der Graf zu Gasse.

„Das tut mir leid“, sagte Gasse; „sie hat mich eben, wie Sie hören, zu ihrer Freundin erwählt.“

„Das ist etwas anderes“, sagte der Graf.

Die Unterhaltung zwischen den beiden wollte nicht recht in Gang kommen; wiederholt sah sich der Graf, während sich Gasse zu ihrem Nachbar auf der anderen Seite, dem Präsidenten, wandte, auf Herrn von Strammn entgegen, mit der er dann auch sprach, um nur nicht ganz zu schweigen. Und mehr als einmal, wo diese Dame wieder von dem General in Anspruch genommen war, wußte er wirklich schweigend dasitzen und schweigend zusehen, wie gut man sich an seiner Tafel ohne ihn unterhielt. Er trau, um diese gewonnenen Chancen auszunutzen, ein Glas Wein über das andere, und verheißte dadurch eine Dame nicht, die er, weil er sonst niemand hatte, an den Tischen ausließ. Am liebsten wäre ihm freilich zu diesem Zweck der Kapitän gewesen. Er fand den Menschen überaus fatal, alles an ihm, Aussehen, Haltung, Manieren, Blick, Stimme, es war die reine Fronte, daß er selbst den Menschen

in seinem Wagen in sein Haus geholt! Gatte er doch vorher nicht angefragt und den Menschen auf seinem Zimmer gelassen! Der Graf sagte sich, daß es lächerlich sei, sich über den Menschen zu ärgern, und doch ärgerte er sich über ihn, und ärgerte sich dann wieder, daß er dieser Empfehlung nicht Herr zu werden vermöchte. Er mußte um jeden Preis die Unterhaltung allgemein machen, um aus einer Stimmung, die ihm ganz unerträglich geworden war, erlöst zu werden.

„Im gegenüber Jahre Herr von Strammn dem General, der nur widerwillig zuzuhören schien, seine Ansichten über die Eisenbahn und den Kriegshafen ins Ohr. Er für sein Teil hatte sich vorgenommen, dies heisse Thema während der Tafel nicht zu berühren; jetzt war ihm jedes Thema recht.“

„Verzeihe, lieber Freund“, sagte er, seine Stimme erhebend, „ich habe da so einiges von dem gehört, was Du dem Herrn General über unser Lieblingsprojekt mitteilst. Du sagst immer: „wir“ und „uns“; aber Du weißt, daß unsere Ansichten in wesentlichen Punkten divergieren; ich möchte Dich daher, wenn Du schon einmal von der Sache sprechen mußt, bitten, es nur in Deinem Namen zu tun.“

„So, so!“ rief Herr von Strammn; „weshalb divergieren wir denn groß? Darin, daß ich auf Strammn eben so gut einen Bahnhof haben will, wie Du auf Galm!“

„Aber wir können doch nicht alle einen Bahnhof haben“, sagte der Graf mit mittelbarem Aufschrei.

„Genieß nicht, aber ich, oder das ganze Projekt ist für mich keinen roten Heller wert!“ sagte der andere. — „Was? Ich soll mein Korn nach wie vor eine halbe Meile weit fahren und mit eine Stunde später den Zug an der Nase vorbeikommen lassen! Da stimme ich denn doch lieber auf dem Landstande für die Chauffee, die uns die Regierung angeboten hat; die läuft hinter meiner neuen Scheune weg; ich kann die Wagen von der Diele auf die Chauffee schieben. Ist es nicht wahr, Herr Präsident?“

„Ob die Chauffee lust hinter Ihrer Scheune wegläuft, Herr von Strammn, weiß ich in der Tat nicht“, sagte der Präsident, „aber Ihre Forderung kommt für jedenfall; im übrigen sind ja meine Ansichten den Herren längst bekannt.“ — Und er wandte sich wieder zu Gasse, das unterbrochene Gespräch mit ihr fortzusetzen.

Der Graf war über die Zurückweisung empört, welche diese letzten Worte zu enthalten schienen, um so empört, als er sich demüht war, dieselbe nicht verdient zu haben. Er hatte von der Sache nicht angefangen! Nun machte sie, nun sollte sie auch weiter besprochen werden!

(Fortsetzung folgt.)

Jahre und die andern für die zwei Jahre sind, die einen Brand als einen Gott und die andern als einen Verräter betrachten. Die französische Sozialdemokratie hat das Recht, angesichts dieser Vorgänge im Lager der Unabhängigen eine starke Meinung zu empfinden. Wie steigend sind die Klagen dieser vor einigen Jahren den „Gemeinen“ ihren Untergang und den eigenen Sieg an. Heute steht die sozialistische Partei einiger als je da; die größten tatsächlichen Misserfolge sind vermieden, an der Geschlossenheit der Organisation nicht zu rütteln. Während die Unabhängigen in zielloser Programmlosigkeit, von persönlichen Interessenkämpfen zerrüttet, sich in einem Zustand völliger Auflösung befinden.

Protest gegen die ungarische Reaktion. In 16 mächtigen Versammlungen protestierte am Mittwoch die Budapest Arbeiterpartei gegen das geplante Attentat auf die Presse. Zehntausende von Arbeitern hörten in großer Erregung die unerhörten Pläne der Regierung, die das neue Verfassungsgesetz enthält. Donnerstag, Freitag und Sonnabend hatten die Arbeiter ihre Demonstrations-Versammlungen gegen diese Vorlage ab, die durch schwere Strafen den wirtschaftlichen Kämpfen ein Ende machen will. Am Sonntag fanden in allen größeren Städten Ungarns Demonstrations-Versammlungen statt. Die Gewerkschaftspresse bringt ein Manifest an alle organisierten Arbeiter, in dem die Regierung heftig angegriffen wird.

Mißerfolg bei einer Nachwahl in Holland. Bei der Nachwahl im ersten Amsterdamer Wahlkreis erhielt unsere Partei eine erhebliche Schlappe. Was seit Jahren in dieser Hochburg der Partei nicht vorgekommen ist, hat sich jetzt ereignet: wir sind in die Stichwahl gedrängt. Unser Kandidat, der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, bekam 1604 Stimmen, der Liberale 8819, der Christliche 1916 Stimmen. Seit den Juniwahlen haben wir 2600 Stimmen, also mehr als ein Drittel, verloren, die Liberalen aber 1000 Stimmen gewonnen. Die Haltung der christlichen Arbeiter wird nun in der Stichwahl, die nächsten Samstag stattfindet, den Ausschlag geben. Wir haben jetzt bei sämtlichen Nachwahlen einen Stimmenverlust zu verzeichnen, die Liberalen aber einen Gewinn. Die Ablehnung des Ministerpostens wird den Sozialdemokraten offenbar von einem großen Teil Wähler verübelt.

Selbstmord eines Ministers. Nach einer Privatmeldung aus Budapest soll sich der ehemalige Minister Graf Szapary erschossen haben. Eine Bestätigung der Meldung war noch nicht zu erlangen.

Beibehaltung der türkischen Kriegsteuer. Der Ministerrat beschloß ein Gesetz, demzufolge die Kriegsteuer noch weitere zehn Jahre zur Verstärkung der Kriegsflotte beibehalten werden soll. Dem gleichen Zweck wird ein dreiprozentiger Abzug der Beamtengehälter dienen. Die Sanction des Gesetzes steht unmittelbar bevor.

Frauenbewegung.

Zum Geburtenrückgang. Genosse Compere-Marek, ein vorzüglicher Kenner der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs, dem Klaffenden Lande des Zweifelhäftensystems, schreibt in der „Gleichheit“:

„Ich glaube in sozialer Beziehung in nichts an die Wirksamkeit des Neo-Malthusianismus. Uebrigens macht die Migration der Neo-Malthusianer bei uns kaum noch Fortschritte, und es ist sehr schwer zu beurteilen, ob sie einen tatsächlichen Einfluß auf die wirtschaftliche und kulturelle Lage des proletariats ausgeübt hat. In Frankreich ist es hauptsächlich die bürgerliche Welt, in der die Geburten weniger zahlreich sind. Die Geburten nehmen zu oder ab, je nach dem Grade der Armut oder des Reichthums der Betroffenen. Nicht die Zunahme oder Abnahme der Geburten beeinflusst den Wohlstand der Bevölkerung, umgekehrt ist es der Wohlstand der Bevölkerung, der von Einfluß auf die Geburtenzahl ist: großer Wohlstand geht mit niedriger Geburtenzahl Hand in Hand, geringer Wohlstand mit einer hohen Geburtenzahl. Das wird auch dadurch bestätigt, daß die Geburten namentlich in den wohlhabenden Kreisen abgenommen haben, während ihre Zahl in den ärmeren Volksschichten hoch geblieben ist.

Es scheint mir ein rückschrittliches, reaktionäres Beginnen, seine Zeit zu verwenden, seine Energie zu vergeuden, um den Proletariats zu sagen: jetzt wenig Kinder! Zeit und Energie muß man bis zum äußersten ausnützen, um die Proletarier dem Sozialismus zuzuführen, der allein allen Gliedern der Gesellschaft das höchste Maß materieller und kultureller Güter zu sichern vermag. In diesem Sinne zu handeln, ist revolutionär.“

Der erste weibliche Seelapital. In Kopenhagen hat die Witwe eines Arztes, Frau von Wandij, die letzten Examen an der höheren Seemannsschule mit sehr gutem Erfolge abgelegt und die Bewilligung, als Seelapital zu fungieren, erhalten. Sie hat auch schon eine Stelle gefunden und wird Ende dieses Monats einen 3000 Tonnen großen Dampfer nach englischen und russischen Häfen führen.

Verfassungsfrage in Dänemark. In Dänemark ist kürzlich ein radikales Ministerium ans Ruder gekommen, dem auch der jetzt vorliegende Gesetzentwurf für eine Wahlreform mit Einfluß des Frauenstimmrechts zu danken ist. Wie das „Neue Frauenleben“, Wien, mitteilt, sind die Frauen der Minister alle berufstätig. Die Gattin des Ministerpräsidenten Zahl ist Kammerling, die des Finanzministers Brandis Bildhauerin, Frau Elna Munt, die Gattin des Ministers für Landesverteidigung ist Maristher der Mathematik und Lehrerin, außerdem eine bekannte Führerin der Stimmrechtsbewegung, und die Frau des Kultusministers ist praktischer Arzt.

Das Wahlrecht marschiert. Der Wahlrechtsausschuß der französischen Kammer hat beschlossen, daß allen 21-jährigen Franzosen beiderlei Geschlechts das Stimmrecht bei den Wahlen für die Gemeinde-, Kreis- und Generalräte zustehen soll. Dagegen sollen die Frauen ein Stimmrecht für die Kammerwahlen nicht erhalten.

Eine Genossin im Schulrat. Genossin Anna Bloss ist wieder auf drei Jahre in den Deutscheschulrat zu Stuttgart gewählt worden. Sie ist die Gattin des Abgeordneten Bloss und hat ihre Ausbildung in der Victoria-Schule und im Lehrerseminar zu Karlsruhe erhalten, sowie die Oberlehrerinnenprüfung bestanden. Sie ist die erste und einzige Sozialistin, die ein solches Amt in Deutschland inne hat. Mögen bald andere nachfolgen.

Schulspiegelung. In England besteht seit 1806 die behördliche Schulspiegelung. Das Gesetz verpflichtet die Schulbehörden zur Bildung eigener Komitees, die für geeignete Räume und Dispositionen zu sorgen haben. Wird die Spiegelung selbst nicht von privater Seite veranstaltet, so haben die Komitees auch eine Mahlpflicht bereitzustellen, deren Kosten aber nicht 1/2 Penny (5 H.) für die Portion überschreiten dürfen. Die Eltern der Schulkinder sind zur Rückzahlung des Betrages verpflichtet, sofern sie nicht ihre Unfähigkeit nachweisen können. Bis vor kurzem hatten 113 lokale Unterrichtsbehörden Schulspiegelungen eingerichtet, während in anderen Teilen die Spiegelung der Kinder durch privates und behördliches Zusammenarbeiten ermöglicht wurde. In England und Wales wurden 1908/09 9.671.789 Mahlpflichten verabsichtigt, die auf 116.810 Kinder entfielen. Die Kosten beliefen sich auf rund 1.820.000 Mk., davon stammten 966.000 Mk. aus öffentlichen, 848.100 Mk. aus privaten Mitteln; 6000 Mk. waren Rückzahlungen der Eltern.

Jugendbewegung.

Niel zu frieblich scheinen die Jungdeutschlandblinde der „Täglichen Rundschau“ zu sein. In ihrer Nr. 517 kommt sie nämlich im Leitartikel darüber, daß die mehr historische als „heroische“ Geschichtslehre der Jugend den Kriegergeist der Jugend bedenklich untergrabe. Dann heißt es ferner:

„Das Meer ist und bleibt der sicherste Schutz unseres nationalen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens, und es stellt sich nun heraus, daß ein erheblicher Teil der deutschen Jugend in heeresfeindlichem Geiste heranwuchs. Die Hauptarbeit hat dieser systematischen Herabwürdigung der Sozialdemokratie, die schon 1901 angefangen hatte, besondere sozialdemokratische Jugendorganisationen unter dem Deckmantel von Turnvereinen usw. zu schaffen, und 1906 auf dem Mannheimer Parteitag sich mit dieser Frage beschäftigte. Ein gewisses Gegengewicht schuf die nunmehr einflussreiche Jugendbewegung vor allem im Jungdeutschlandbund. Aber man soll sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die vaterländische Jugendbewegung in den breiten Schichten des Volkes so gut wie gar keinen Boden findet. Dafür sorgt schon die Sozialdemokratie. Es ist Aufgabe des Staates, hier einzugreifen, und erdacht man, welchen Verheerungen — abgesehen von den sozialdemokratischen Verheerungen — innerlicher Art unsere heutige Jugend gerade in den eindrucksvollen Jahren zwischen 14 bis 20 Jahren ausgesetzt ist, so erschließt die Forderung einer obligatorischen Jugendfürsorge durchaus gerechtfertigt, wie eine solche teilweise schon in anderen Staaten besteht. Denn was z. B. in Preußen durch den Anhang der Fortbildungsschule erreicht werden soll, trifft wieder ethisch noch national den Kern der Sache. Alles Wissen und alle Fertigkeiten können auch bei der Jugend niemals Mantos auf diesen Gebieten ersehen.“

Fretlich fallen vernünftige Arbeiter auf den kalten Zauber der Jugendblinde nicht hinein und hüten sich, ihre Kinder ihnen anzuvertrauen. Das aber die Jugend abwärts zur „politischen“ Jugenddeke gepreßt werden soll, ist recht niedrig. Noch niedriger ist das Verständnis, was die Jugend in den Fortbildungsschulen lernt, den „nationalen“ Unterricht nicht ersetzen kann. Demnach scheint alles Wissen nicht so wichtig zu sein als eine gute Lehre zum Hirtenscheitern. Damit mag die Redaktion der Rundschau wohl auskommen. Arbeiterkinder brauchen aber entschieden mehr zu ihrem Fortkommen.

Neueste Nachrichten.

Demonstrationen für die Wahlreform.

Chemnitz, den 7. November. Eine sozialdemokratische Demonstration für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung fand gestern vor dem Chemnitzer Rathaus statt, während gleichzeitig ein sozialdemokratischer Antrag in dieser Sache die Stadtverordneten beschäftigte, der mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Eine Kolonne von mehreren tausend Arbeitern zog vor das Rathaus und brachte dort Huchrufe auf das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aus. Auch auf den Tribünen des Rathauses saßen am es zu Rufen, so daß der Vorsteher mit Räumung drohte.

Ärmiszenen im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 7. November. Im österreichischen Abgeordnetenhaus spielte sich gestern eine wüste Ärmiszene ab. Der russophile Abgeordnete Kurylowich beschuldigte die österreichische Regierung, daß sie die historischen Rechte und Interessen Rußlands auf dem Balkan demüßigt habe. Die russischen Abgeordneten protestierten auf das heftigste und riefen: „Barenrecht“, „russischer Ruß“, „bezahler Ruß“, „russischer Gendarm!“ Als der tschechisch-radikale Abgeordnete Choc ihnen zurief: „Ist das die slawische Solidarität?“ riefen die Rußen: „Wir pfeifen auf die slawische Solidarität!“ Schließlich wurde dem russophilen Abgeordneten sein Manuskript von den Rußen entziffen und zu Boden geworfen. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

Der Auswanderungsstand.

Kraak, 7. November. In der Filiale der Astra-Amerikana in Brody wurde nachts eine Hausdurchsuchung abgehalten. Die beiden Direktoren der Filiale, Capeller und Bregysner, wurden verhaftet. Die Filiale hat in den letzten sechs Jahren 90.000 Emigranten nach Amerika befördert.

Drohbrief gegen König Ferdinand.

Sofia, 7. November. Im königlichen Palais wurde ein anonymes Drohbrief gefunden, der den König Ferdinand mit dem Tode bedroht, falls er hierher zurückkehren sollte. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Die französische Wahlreform.

Paris, 7. November. Die französische Deputiertenkammer nahm gestern die Beratungen über das Wahlreformprojekt wieder auf. Festgesetzt wurde mit großer Mehrheit, 384 gegen 213 Stimmen, der Artikel I des Kommissionsentwurfes, der die Listenwahl mit Verteilung der Mandate festsetzt. Der Gesetzentwurf über die Erbschaftsteuer ging gestern der Kammer zu.

Unterzeichnung des Grenzvertrages.

Paris, 7. November. Ein Telegramm aus Belgrad meldet, daß der serbisch-montenegrinische Vertrag, der die Grenzen genau festsetzt, gestern unterzeichnet wurde. Montenegro erhält nach dem Bestimmungen dieses Vertrages die Städte Plawje und Tjakowa.

Bei der Hochzeitsfeier vergiftet.

Paris, 7. November. Der „Matin“ meldet aus Angers: Am vergangenen Mittwoch fand in Cholet die Hochzeitsfeier zweier Brüder und zweier Schwestern statt. Noch in der Nacht mußten sämtliche Ärzte aus der Umgebung schleunigst herbeigeführt werden, da plötzlich eingeladene Gäste an großen Schmerzen litten. Nach eingehender Untersuchung stellte man fest, daß sämtliche Eingeladenen mit einer süßen Speise, die bei dem Hochzeitsmahl verabreicht wurde, vergiftet worden waren. Auch die Frau des Hotelbesizers, wo die Feier stattfand, und ein Dienstmädchen litten schwer krank danieder. Um 8 Uhr nachts starb ein 67-jähriger Mann. Die Vererdigung der Leiche wurde von der Polizei untersagt und die Verfügung zur Beschlagnahme getroffen.

Erdbeben und Unwetter.

London, 7. November. (Schles. Ztg.) Aus Baguio auf den Philippinen meldet ein Berichterstatter der „Daily Mail“, daß zwölf furchtbare Erdstöße vorgekommen seien, während ein furchtlicher Sturm 48 Stunden lang wütete. Auch stießen Regenmassen in einer Menge von 28 Zoll. Der Korrespondent sagt, daß ein furchtbarer Schaden im Gebiet der Philippinen angerichtet wurde, und daß ein solches Unwetter seit Menschengedenken nicht vorgekommen sei. Sehr groß sollen auch die Menschenverluste sein, doch verlautet darüber noch nichts Bestimmtes.

Barbarei.

Mahabod, 7. November. Nachrichten aus Labut belagen daß ein Komplott gegen das Leben des Emirs von Afghanistan entdeckt worden sei. Zwei Anstifter dieses Komplotts wurden auf grausame Weise hingerichtet. Sie wurden vor die Mündungen zweier Kanonen gebunden, worauf die Kanonen nur mit Pulver geladen und dann abgefeuert wurden. Die Körper wurden durch den Luftdruck buchstäblich in Stücke gerissen.

Gefährliche Sprengarbeiten.

Hamburg, 7. November. Bei den Sprengarbeiten, die anlässlich der Demolierung des Alsterdammes vorgenommen werden, ereignete sich gestern gegen 7 Uhr durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses ein Unglücksfall. Steine saßen in großen Mengen auf den Jungferntiege, wo eine Dame durch einen fastgroßen Stein am Kopf schwer verletzt und außer ihr noch sechs andere Personen durch herumfliegende Steine mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Rom Löwen angefallen.

Wien, den 7. November. Während einer Vorstellung des Dompteurs Wichmann im Zirkus Henry schlug ein Löwe mit den Zähnen mehrmals nach der Brust des Wändigers und brachte ihm mehrere tiefe Fleischwunden bei. Der Dompteur brach nicht die Vorstellung ab, unterdrückte den Schmerz, und das Publikum merkte nichts von dem Vorfall. Nach der Vorstellung ließ er sich verbinden und wurde nach dem Krankenhaus überführt.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Anfragen sind am liebsten zu richten an: M. N. 1. Die freien Gemeinderäte wählen 1912 2583492 Mitglieder. 2. Wegen des Verlusts der Fortbildungsschule dürfen den Arbeitern keine Wagnisse gemacht werden.

Hospital. Die Kasse muß Ihnen das volle Krankengeld zahlen, denn Sie sorgen ja für den Unterhalt der Kinder. Den Beweis dafür müssen Sie durch eine Bescheinigung des Vaters erbringen.

Mr. 000. Nein, für Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern gilt diese Vorschrift nicht. Arbeitet der Meister mit dem Lehrling allein in der Werkstatt, so kann der Lehrling leider nicht um zehn Stunden täglich, sondern auch länger beschäftigt werden. Es ist jedoch für Sie zulässig, dieses Recht des Lehrmeisters durch den Lehrvertrag zu beschränken und darin vorzuschreiben, die tägliche Arbeitszeit des Lehrlings darf in keinem Falle 10 Stunden täglich übersteigen.

H. S. Die Bemerkung in der Personalstands-Aufnahme genügt nicht. Sie müssen an den Magistrat schreiben, daß Sie seit dem 24. August arbeitslos sind und bitten, die Steuer zu ermäßigen. (§ 63 des Einkommensteuergesetzes.) Das Krankengeld und die Verbands-Unterstützung können Ihnen als Einkommen nicht angerechnet werden.

Bredau, 6. November. Feiertag von der Marktsteuerungskommission für Weizen.

Sorte	gute Qualität der letzten Ernte	13.80	14.30
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	13.80	14.30	
roggen	13.80	14.30	
Sauer	13.80	14.30	
Bratensaat, der letzten Ernte	13.80	14.30	
Wahl- und Futtergetreide der letzten Ernte	24.50	25.50	
Winterweizen, gute Qualität der letzten Ernte	21.50	22.00	
Roggenweizen der letzten Ernte	17.00	17.50	
Sau	6.00	6.50	
Gerstetrock	4.00	4.50	
Winterraps	2.00	2.50	
Winterraps	keine 20.00, mittlere 26.00, geringe Ware 25.50		

Bredauer Wahlmarkt. Weizen, per 100 Kilogramm mit 2000 Reichsmark 60 rubig 26.50—27.00 Mk., Roggenweizen 23.00—24.00 Mk., Roggen-Grau 23.00—24.00 Mk., Weizen-Grau 23.00—24.00 Mk., Weizen-Grau 23.00—24.00 Mk.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bredau, Ostzeit	5. November	6. November	7. Novbr.
Aufstrome (C)	+10.6	+6.2	+8.3
Aufdruck (mm)	746.2	745.4	739.4
Windrichtung (mm)	5.9	5.1	7.4
Dunstfaltung (C)	62	66	90
Wind (1-12)	SW 3	SW 2	SW 2
Wetter	wolfig	bedeckt	bedeckt

*) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen. Gestern beständig Regen bis nachts. — Höhe der Niederschläge seit gestern früh 13,45.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau	Regel in Bredau				
7. 11. 1. 57	0.90	2.12	0.40	3.84	1.46	4.46	1.95	0.77	0.48	1.90	1.88	10.26	
6. 11. 1. 19	0.83	2.17	0.40	3.80	1.46	4.50	2.07	0.75	0.45	1.88	1.88	10.20	0.94
Witterung	1.88	0.98	2.12	0.42	3.84	1.46	4.07	1.88	1.88	1.88	1.88	10.45	

*) Anstiegenhöhe 1. Rothw. 3.50 für Treppen; (Ober-)Oble-Niederung 3.27

JUNO
20 Cigarette

JOSEPH

Verantwortlicher Redaktor: Franz Böcher. — Redaktion und Geschäftsstelle: Am Hauptbahnhof 7. — Verlag der „Volksstimme“, G. m. b. H. — Druck von Ed. Schmidt, G. m. b. H. — Kempten in Ostbayern. — 8428/2

Das neue Central-Schuhhaus

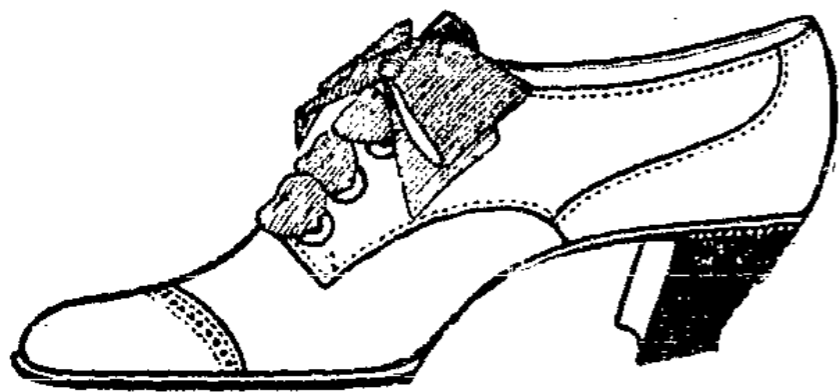
Ernst David & Co., Breslau, Reuschestr. 45 am Hotel Union

9808

ist das

richtige Schuhhaus

für Familien.



Wir bringen u. a. grosse Gelegenheitsposten zu spottbilligen Preisen.



Extra-Angebot!

Schulstiefel	27/30	5.50	4.75	4.25	3.10
	31/35	6.00	5.50	4.75	3.60
	36/40	8.50	7.50	6.50	4.90

Grosser Posten	Damenstiefel	7.50	6.75	4.90	4.50
Grosser Posten	Herrenstiefel	8.75	7.50	6.50	4.90
	echt rahmengenäht, bester Ersatz für Handarbeit	15.50	12.50		10.50

Unsere Luxus-Ausführungen:

Herren- und Damenstiefel

Jeder Käufer von Schulstiefeln erhält 1 Reklame-Marken-Album mit Reklame-Marken gratis.
Flitzschuhe, Hausschuhe, Pantoffeln, Kinderschuhe, Schaftstiefel spottbillig.

Von Sonnabend, den 8. November, bis Sonnabend, den 15. November

In dieser Woche: für die Leser dieser Zeitung besondere Vorteile

Announce gilt als Legitimation! Achten Sie genau auf unsere Firma! Irren Sie sich nicht!

Central-Schuhhaus Ernst David & Co., Breslau, Reuschestr. 45 nahe am Königsplatz.

Stadt-Theater.
 Freitag 7 1/2 Uhr, 9590
 „Ein Maskenball.“
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 „Paris Odunow.“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 (Kleine Preise):
 „Alexandro Stradella.“
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Bajazzo.“
 „Cavalleria rusticana.“

Lobe-Theater.
 Freitag:
 „Gehnung.“
 Sonnabend:
 „Professor Bernhardt.“
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 „Das Opferlamm.“
 Abends 7 Uhr: 9596
 „Don Karlos.“

Thalia-Theater.
 Freitag, Gruppe D, 5. Vorstellung:
 „Winterschlaf.“ 9608
 Sonntag 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
 „So'n Windhund.“

Schauspielhaus (Operettenbühne.)
 Heute Freitag, 8 Uhr:
 „Das Farmernädchen.“ 9614
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
 „Die Kinokönigin.“
 Operette von Jean Gilbert.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Scheit tanzt Walzer.“
 Abends 8 Uhr:
 „Die Kinokönigin.“

Lieblich's Etablissement
 Täglich abends 8 Uhr: 9620
Otto Reutter
 und ein neues Theater-Programm.
 Sonntag, den 9. November, 4 Uhr:
 Nachm.-Vorstellung, klein. Preis-e.

Viktoria-Theater.
Matzheim - Barlesken.
 Anf. Wochezeit, 8. Sonntag, 7 1/2
 Jeden Sonntag 4 Uhr:
 Nachm.-Familien-Vorstellung.
 Halbe Preise. 9602

Palmengarten
Künstler-Kapelle
Fidelitas
 Dir. W. Schön.
Prolongiert 9626
Austria-Ensemble.

Pfänder-Auktion.
 Weichbinderplatz 7. 9798
 Sofort veräußern.
Ulster, Ueberzieher, Joppen, Betten, Bettbezüge verkauft
 am **Altstädterstr. 17, I.**
Ulster, Joppen, Anzüge,
 Ueberzieher ganz billig
 Leibhaus Westendstrasse 47, 1. 9788

Alt-Jauer Gasthaus zum goldenen Hirsch
Kirmes am Sonntag, den 9. und Montag, Alfons Jahn.
 den 10. November, ladet ergebenst ein [9755]

Radrennbahn Grüneiche
 Sonntag, den 9. November, nachm. 3 Uhr:
Herausforderungs-Wettkampf
Thomas-Saldow
 über 1 Stunde mit Motorführung. 9790
 Ermässigte Eintrittspreise (Anschlagssäulen.)

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste
 verkaufe ich, um mein Kleiderlager zu räumen zu nachstehend
 enorm billigen Preisen:
 Herren-Uhren von 3.— an
 silberne Herren-Uhren von 6.— bis 60.— an
 silberne Damen-Uhren von 3.50 bis 25.— an
 goldene Damen-Uhren von 12.— bis 100.— an
 goldene Herren-Uhren von 25.— bis 350.— an
 Feder und Wanduhren von 1.50 an
 Regulatoren, grös 1 m bis 1.50 m groß 14 Tage gehend und
 Schlagwerk von 10.— an
 Stroichen, Ehringe, Armbrüder, Ringe Ketten
 in tollerster Auswahl. — Austausch bis Kreuzjahr gestattet.
 Reize für sämtliche bei mir gekauften Uhren und Goldwaren
 jahrelange Garantie.

Max Frenzel
 Gegr. 1899. Uhrmacher Gegr. 1899.
Friedrich-Wilhelmstrasse 39.
 Kataloge gratis 9791 In freien Stunden Vert 10 Via.

Aber Herr Gänseklein

Ihr Geschrei kann Ihnen und Ihren lieben Freunden nicht viel Vertrauen bei den Breslauer Herren einbringen. Uns wird **Ihre Wut über unsere billigen Preise** wohl begreiflich sein, doch

Sie können uns

damit nicht abhalten, ferner **besondere Gelegenheiten, Prachtstücke** zu enorm billigen Preisen zu verkaufen.

Nun erst recht!

moderne	gutsitzende	elegante
Ulster	Anzüge	Paletots
22.—	18.—	19.—
26.—	22.—	24.—
28.—	28.—	28.—
32.—	32.—	32.—
	usw.	9676

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstr. 6 an der Gartenstr.

Hasen!
 wilde Kaninchen empfiehlt
Scholz, Wallstraße 24
 am Königsplatz.

Brieger's Herren-Modebazar, Albrechtsstr. 52
 Herren-Wäsche, Krawatten, Trikotagen und Hüte
 gibt auf die **bekannt billigen Preise** noch
grüne Rabattmarken. 9761

Ein sorgsam Mütter erworben mit Annam's Kindermilch
 Goginet
 Altes Jagtstrasse 5-10 - Jagtstrasse 2685 - Lieferung frei Haus
 Profis

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. November.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins

Breslau erinnern wir an den Zahlabend (Distrikts-Versammlungen) am Montag abend. Der Besuch dieser Versammlungen ist dringend nötig. Mancher Genosse denkt vielleicht: „Ach, ich gehe ja in die großen Volksversammlungen, das genügt.“ Nein, das genügt keineswegs! Die großen Versammlungen rütteln wohl die Massen auf und erwecken sie zum Nachdenken, aber unsere Distrikts-Versammlungen, also die Zahlabende, sie sollen und müssen die Genossen schulen und weiter forsbilden, damit sie recht zu kämpfen verstehen. Also fehle niemand am Montag, und jeder sei pünktlich.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die unheilvolle „Sparjamkeit“, die der Block von Hande bis Zeron schon in der Anleihekommision ausübt, wo er nacheinander Obdachlosen-Hilf, Stiechenhaus-erweiterung, Kinderhort ohne viel Federlesen ablehnen, betätigte sich auch in der gestrigen Sitzung des Plenums gegenüber dem Stiechenhause, wo er trotz Einspruch des Magistrats verlangte, daß die große und krassen Mißstände im Stiechenhause mit „geringen Mitteln“ durch den eigenen Mittel der Anstalt beseitigt werden sollen — was natürlich gar nicht möglich ist. Aber „Sparjamkeit“ bei allen sozialen Einrichtungen, ganz gleich ob's möglich ist oder nicht, und ganz gleich was daraus über — das ist das Programm dieser neuer Richtung, gegen die volksfreundliche Ansichten aus der Versammlung und auch aus dem Magistrat gegenwärtig nicht aufkommen.

Bei der Verlängerung der Bedingungen für die Vergabung von Arbeiten bei der Bauverwaltung gab es eine Wiederholung der Beschwerden, die kürzlich in verschiedenen Handwerker-Versammlungen geäußert wurden. Herr Mühlbach machte sich zu ihrem Träger und betonte, daß Bedingungen, die auf hundert Jahre alten Gewohnheiten beruhen, dringend reformbedürftig seien. Als diese Dinge 91 und 97 Jahre alt waren, machten die Sozialdemokraten Reformversuche; damals ließen die Handwerker sie im Stich. Jetzt sind sie endlich aufgewacht und wollen ihre Wünsche in den Ausschüssen II und V vorbringen. Als der Bürgermeister einen Vorwurf gegen den Magistrat zurückwies, replizierte Herr Mühlbach, er habe nicht der Magistrat, sondern — die städtische Verwaltung gemeint. Darauf blieb der Bürgermeister sprachlos.

Längere Auseinandersetzungen knüpften sich an die Gewährung von 15.000 Mark für Gastspiele im Stadttheater, die Stadtverordneter Landsberg vertrat, und an die beantragte Gewährung von 30.000 Mark Subvention an die Direktion des Opertheaters für die Aufführung klassischer Werke. Gegen die letztere erhob Stadtrat Perls, der angeblich Abgedankte, eine Anzahl Bedenken, während die Stadtverordneten Hamburger II, Wujakowski und Landsberg warm für den Antrag eintraten. Herr Gerichel, der von der „Volkswehr“ so leicht Gefrückt, wünschte bei der Gelegenheit eine kleine Verheißung anzubringen, kritisierte die radikale Gesinnung des kürzlich aufgeführten Stückes „Die Gesinnung“ und wünscht, daß der leichtgeschürzten Muse Kleid und Schürze nicht gar zu kurz würden. Stadtverordneter Goldschmidt fertigte ihn mit ein paar humoristischen Bemerkungen ab, und auch sein Fraktionsfreund Wujakowski ließ ihn fallen.

Diese und fast alle anderen größeren Vorlagen, so diejenige über Aufhebung der Friedrichstraße und Anlegung der Springerstraße, aber auch über Verpfändung der Frauengewerkschulen, wurden nicht in der Sitzung erledigt, sondern den Ausschüssen zur weiteren Erörterung überwiesen. Dabei kam auch ein von Stadtverordneten aller Parteien unterzeichneter Antrag zur Sprache, beim Eisenbahnbau an der Friedrichstraße die Durchführung der Kronprinzenstraße vorzusehen. Auch darüber soll der Ausschuss weiterprechen.

Gegen die Ernennung des scheidenden Stadtrats Bröckling zum Stadtkämmerer wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben.

Den Schluss der Sitzung bildete ein solennes Kesseltreiben der Versammlung gegen die Anschaffung eines Magistrateautomobils. Besonders die rechte Seite der Versammlung geriet in größere Aufregung, als bei der 78 Millionen-Anleihe und bewies in erregten Zwischenrufen gegen den Referenten Dr. Schwerin einen fabelhaften Mut. Da sich aber auch aus der übrigen Versammlung nur elf Männer überzeugen ließen, daß das Auto wirklich notwendig und wirtschaftlich vorteilhaft sei, wurde es mit Stanz abgelehnt.

Die Gastspiele im Stadttheater.

Ueber den Antrag des Magistrats, 15.000 Mark zur Veranstaltung von Gastspielen im Stadttheater zu bewilligen, berichtet Stadtr. Landsberg (Soz.): Die Gastspiele haben den Zweck, den Betrieb rentabler zu gestalten. Außerdem haben sie eine erhebliche Wirkung auf das eigene Personal des Theaters, so daß die Bewilligung sich ohne Ausschussberatung rechtfertigt.

Stadtr. Goldschmidt (lib.) wünscht Ausschussberatung, um dabei noch einige andere das Stadttheater berührende Fragen ansprechen zu können.

Stadtr. Landsberg wendet sich nochmals gegen eine Ausschussberatung. Die Forderung ist klar, und um andere Fragen des Theaters zu besprechen, bietet sich auch sonst noch Gelegenheit.

Die Vorlage wird hierauf angenommen.

Unterstützung der Schauspielhäuser.

Ueber einen Antrag aus der Mitte der Versammlung, der Direktion des Lobe- und Thalia-Theaters eine Unterstützung von 30.000 Mark zu bewilligen, berichtet Stadtr. Hamburger II (lib.):

Bei der letzten Sitzungsberatung ist ein detaillierter Antrag abgelehnt worden da man den neuen Pächter noch nicht kannte. Dieser Grund ist weggefallen, nachdem wir in beiden Theatern Lämmerlich durchaus ernst zu nehmende Leistungen gesehen haben. Das klassische Drama verursacht aber vermehrbare Kosten. Dieser Grund ist weggefallen, nachdem wir in beiden Theatern Lämmerlich durchaus ernst zu nehmende Leistungen gesehen haben. Dieser Grund ist weggefallen, nachdem wir in beiden Theatern Lämmerlich durchaus ernst zu nehmende Leistungen gesehen haben.

Stadtr. Wujakowski: Der Zuschuß für das Stadttheater nahm seinen Anfang wegen des klassischen Dramas und der Volksvorstellungen. Was man vor 20 Jahren für nötig ansah, ist jetzt nicht unbedeutend. Die Unterhaltung der Oper ist nicht so nötig, als die des Dramas. Leider ist der Besuch der klassischen Vorstellungen nur schwach. Die Kritik lag das an der Auslieferung. Der große Mangel der Halle ist kein richtiges Theater. Er vergrößert alles so, wie das Landestheater alles verkleinert.

Stadtr. Perls: Der Magistrat hat bereits 30.000 Mark in den Etat eingelegt, wir sind nicht aber bisher nicht dahin schrittweis geworden, ob wir sie auszahlen sollen. Wir wissen nicht, ob den Theatern mit 30.000 Mark auch wirklich geholfen ist. Das wäre nur der Fall, wenn das Personal auf mehrere Jahre engagiert werden könnte. Ueber die künstlerischen Leistungen herrscht nur ein günstiges Urteil. Wir denken aber an die Notwendigkeit mit Direktor Böwe, die daraus entspringt, daß die Subvention zu niedrig bemessen wurde, wodurch die fortwährenden Nachforderungen entstanden, deren Prüfung soviel Ärger herbeiführt. Wenn diesmal 30.000 Mark gezahlt werden, haben wir vielleicht künftig mit großen Nachforderungen zu rechnen. Wir müssen also erst prüfen, wie hoch sich die Pacht, und wie hoch sich die Einnahmen belaufen, ehe wir beurteilen können, ob den Theatern mit dieser Summe wirklich geholfen ist.

Stadtr. Landsberg (Soz.): Meine politischen Freunde haben sich ohne weiteres bereit erklärt, den Antrag mit zu unterstützen, doch vermissen wir jetzt unsere Namen unter dem Antrag. Es hätte sich gehört, daß die Ausschüsse aller Parteien, die geehrt waren, den Antrag zu stellen, auch darunter zu stehen gekommen wären. Auch wir sind der Ansicht, wenn die Stadt für die Oper große Opfer bringt, müssen wir uns auch des Schauspielers annehmen. Eine Ausschussberatung ist nötig. Herr Stadtrat Perls hat mit Recht davor gewarnt, wieder den Weg zu beschreiten, der bei Dr. Böwe zu so unheimlichen Verhältnissen führte. Selbstverständlich ist es mit einer einmütigen Zustimmung nicht getan, wir sind vielmehr ebenbürtig der Meinung, daß dauernde Zuschüsse nötig werden dürften. In manchen Beziehungen haben wir nun günstiger als mit Dr. Böwe, insofern, als die Verhältnisse durchgehender geworden sind. Ich glaube, bei der Mehrheit hat sich eine Sinnesänderung vollzogen. Wie bei den Frauen hat man sich, daß diejenigen Theater die besten sind, von denen man am wenigsten spricht. (Beifall.) Wir werden der Ausschussberatung zustimmen.

Stadtr. Gerichel (lib.): Auch ich bin für Ausschussberatung. Es ist klar, es ist mit der Förderung des guten Dramas auch das Schicksal mit gefördert. Die leichtgeschürzte Muse, Stücke wie „Gesinnung“, können wir doch nicht sich in (Lachen).

Stadtr. Wujakowski (Soz.): Wenn wir auch das Theater unterstützen, so haben wir den keinen Einfluss darauf, welche Stücke gespielt werden sollen und welche nicht. Wir können aber die vorzügliche Kunst nicht hinaussetzen. Das Drama muß gefördert werden und gerade es stellt auf Kosten des Stadttheaters.

Stadtr. Goldschmidt (lib.): Es ist erstens, daß die künstlerischen Leistungen der Theater von allen Seiten anerkannt werden. Es handelt sich also nur um eine finanzielle Frage und diese dürfen wir nicht so tragisch nehmen. In erster Reihe muß sich der Theater aus seinen Einnahmen halten. Es ist also auf die letzten Stücke mit anzusehen. Und wenn wir eine Subvention zahlen, dann eben nur, damit das klassische Drama gepflegt werden kann, trotz der minderen Einnahmen. Herr Gerichel hat wieder den Jenior gespielt. Nun, dem einen gefällt dies, dem anderen des. Nächsten Sonntag wird „Don Carlos“ gegeben und ich weiß nicht, ob dort alles so drinn liegt, wie es Herrn Gerichel gerade gefällt. (Beifall.)

Stadtr. Hamburger I (lib.): Wir sind ja alle für eine Unterstützung unter gewissen Bedingungen, aber wir müssen uns darüber schlüssig machen, was wir geben. Ich bitte deshalb, die Sache an die Ausschüsse 2 und 3 zu geben.

Stadtr. Gerichel (lib.): Die beantragten 20.000 M. sind kapitalisiert 70.000 M. Das ist ein v. a. Silbergeschenken nennen wie es Herr Goldschmidt getan hat, das ist bezeichnend von ihm und entspricht sonstigen seiner Reden keineswegs. Ich möchte einmal sehen, ob er eine Subvention für antisemitische Stücke gewähren wollte. (Beifall.)

Stadtr. Dellinger (lib.) bittet auch die Vorlage den Ausschüssen II und III zu überweisen.

Die Vorlage wird diesen Ausschüssen überwiesen.

Wirtschaftsgebäude für das Stiechenhaus.

Der Magistrat beantragt, auf dem Grundstück des Classen-Str. Stiechenhauses ein Wirtschaftsgebäude für 510.000 Mark zu errichten. Der Finanzausschuss und der Bauausschuss empfehlen, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, für die Befreiung der Mißstände in der Küche des Stiechenhauses durch Veränderung der Lüftung oder andere bauliche Arbeiten ohne große Kosten geeignete Vorschläge zu machen, auch die erforderlichen Mittel dem Vermögen der Anstalt zu entnehmen. Die Berichterstatter Stadtr. Dellinger (lib.) und Gruhl (lib.) erziehen, dem Ausschussgutachten zuzustimmen.

Stadtr. Wagner: Wir müssen vom Magistrat die Vorlage fallen lassen, aber gegen die letzten Anträge der Ausschüsse wenden wir uns. Mit der Veränderung der Lüftung in der Küche und geringen Kosten ist gar nichts zu machen. Es besteht, abgesehen von der Küche, auch noch andere Mißstände. Die Sache kostet schließlich Geld, weshalb Sie es uns überlassen müssen, die nötigen Vorschläge für eine Besserung zu machen.

Stadtr. Wolff (lib.): Ich kann die Ansicht des Stadtrats Wagner nur unterstützen. Die Mißstände sind vorhanden, und nach dem Antrage 2 der Ausschüsse werden sie auch nicht beseitigt; es besteht zum Teil ganz unhaltbare Zustände, die durch keine Mittel nicht beseitigt werden können. Jetzt muß gründlich gehandelt werden. Nehmen Sie das Ausschussgutachten ab und ersuchen wir den Magistrat, uns einen neuen Plan vorzulegen.

Stadtr. Brinke (lib.) bittet ebenfalls, das Ausschussgutachten abzulehnen und vom Magistrat eine neue Vorlage zu erbitten.

Stadtr. Jungfer (lib.) ersucht, das Ausschussgutachten anzunehmen, aber den Satz zu streichen, der von geringen Mitteln spricht. Ein Neubau der Küche ist unvermeidlich; mit 10- oder 20.000 Mark ist gar nichts zu machen.

Nach kurzen Schlussworten der Berichterstatter, die noch mehr als die Ausschuss-Anträge verteidigen, werden diese angenommen und der Antrag Jungfer abgelehnt.

Die Friedrichstraße.

Durch den Ausbau der Stadtverbindungsbahn muß der südliche Teil der Friedrichstraße zwischen Neudorfstraße und Höfchenstraße aufgehoben und die nördliche Seite (Springerstraße) neu angelegt werden. Es soll darüber ein Vertrag zwischen der Stadt und der preussischen Eisenbahn-Verwaltung abgeschlossen werden. Der Berichterstatter Stadtr. Müll (lib.) empfiehlt, die Vorlage dem Grundeigentums-Ausschuss zu überweisen.

Stadtr. Kaiser (Soz.) beantragt einen von 40 Stadtverordneten eingebrachten Antrag, in Zuge der Kronprinzenstraße einen Fußgänger-Tunnel zu Gartenstraße anzulegen, der dringend nötig sei.

Stadtr. v. Scholtz: Auch die Frage dieses Tunnels ist von der Eisenbahn und uns eingehend geprüft worden. Die Durchführung würde circa 200.000 Mark kosten. Aber damit ist die Sache nicht erledigt, wenn man nicht die dahinterliegenden Grundstücke ankauft, was der Magistrat nicht empfehlen kann. Von der Eisenbahn-Direktion ist uns ferner gesagt worden, daß eine spätere Anlegung des Tunnels höhere Ausgaben nicht nötig macht.

Stadtr. Herschel (lib.): Wir brauchen uns doch nicht in große Grundstücksfragen stürzen; auf jeden Fall sollte der Magistrat die Sache wohlwollend prüfen und dafür sorgen, daß der Tunnel möglichst bald angelegt wird, da die beste Zeit dafür gekommen ist.

Stadtr. Heilberg (lib.): Wenn wir dort den Tunnel anlegen, dann steigen die Grundstücke bedeutend im Preise, weshalb die größte Vorsicht am Platz ist.

Stadtr. Gerichel (lib.): Ich muß doch hervorheben, daß wir die beste Gelegenheit verpassen, wenn wir nicht bald den Tunnel anlegen. Ich habe also durchaus nicht zu viel verlangt.

Stadtr. Kaiser (Soz.) betont ebenfalls wiederholt, daß jetzt ein Fußgänger-Tunnel am besten und billigsten angelegt werden kann.

Stadtr. v. Scholtz meint, daß später der Tunnel durchaus nicht reiner wird. Es fragt sich auch, ob die Aufwendungen den erhofften Vorteilen entsprechen. Was später unsere Nachkommen tun wollen, das können wir heute nicht überlegen. Wir können uns auch bei den gegenwärtigen Zeiten nicht allzu hohe Lasten auferlegen.

Dem Berichterstatter erscheint es auch zweifelhaft, daß das halbjährige Anlegen des Tunnels vorteilhaft ist. Ob sich die Durchlegung der Kronprinzenstraße ermöglichen läßt, das sei eine Geldfrage, wobei wir Ueberrückungen erleben könnten.

Die Vorlage wird dem Grundeigentums-Ausschuss überwiesen.

Vergabung von Arbeiten.

Der Magistrat ersucht, daß die Grundstücke über Vergabung von Arbeiten und Lieferungen bei der Bauverwaltung unanberodert und ohne Festsetzung einer Geltungsdauer weiter in Kraft bleiben. Der Berichterstatter

Stadtr. Heintze (lib.) ersucht, da Einsichten von der Bauverwaltung und der Handwerkskammer vorliegen, die Magistrats-Vorlage den Ausschüssen I und V zu überweisen.

Stadtr. Mühlbach (lib.): Der Magistrat sagt, die Grundstücke über die Vergabung von städtischen Arbeiten haben sich verbessert. Das ist aber zu bestreiten. Die Bauverwaltung kann heute nicht zahlen und wackelt, wie sie will; denn die Grundstücke kommen aus der Zeit vor hundert Jahren. Alle Parteien sind daran interessiert, daß sie geändert werden müssen. Auch ein Erlaß des Ministers verlangt, es soll in erster Linie auf gute, nicht auf billige Arbeit gesehen werden. Ich bitte, die Vorlage den Ausschüssen I und V zu überweisen, wo die Zusammenlegung der Verhandlungen genau geprüft werden muß. Sie ist heute zweifellos einseitig zusammengesetzt, müßte aber alle Parteien umfassen. Es wird sich auch fragen, ob wir nicht mit dem System der Aufschlagsrechnung an das billige Angebot brechen müssen. Anderwärts hat man mit einer Veränderung des Vergütungswesens in diesem Sinne gute Erfahrungen gemacht.

Bürgermeister Trentin: Es wäre ganz gut, wenn auch der Ausschuss I mit dieser Sache befaßt würde, aber dagegen muß ich mich wenden, daß in die Verhandlungen viele andere Leute hineinkommen. Damit würde man die besten Sachverständigen hinausdrängen. Dann liegt es uns überaus fern, dem Handwerk keine Arbeiten zuzuwenden. Wir müssen ganz genau, was wir dem Handwerk schuldig sind und werden es allezeit gebührend beschuldigen.

Stadtr. Wolff (lib.) ersucht, die Vorlage den Ausschüssen II und V zu überweisen.

Stadtr. Heintze (lib.) betont in seinem Schlusswort, die Grundstücke des Magistrats hätten sich verbessert.

Die Vorlage wird dem Finanzausschuss und dem Bauausschuss überwiesen.

Chausseegeldbestelle an der Tiergartenstraße.

Der Magistrat beabsichtigt, die Chausseegeldbestelle an der Tiergartenstraße aufzuheben, weil sich Mißstände ergeben hätten und der Zoll auch nicht mehr zeitgemäß sei. Der Berichterstatter

Stadtr. Finger (Soz.) ersucht, die Magistratsvorlage abzulehnen, denn wir hätten in der jetzigen Zeit gar keinen nachhaltigen Grund, auf eine Erhöhung von jährlich 5000 Mark zu verzichten.

Stadtr. Giesel: In allen anderen Chausseen wird kein Zoll mehr erhoben; er ist deshalb auch an der Tiergartenstraße nicht zu rechtfertigen. Der Verkehr ist durch das Eingehen einer Flegel auch sehr zurückgegangen und dadurch sind die Einnahmen noch geringer geworden. Außerdem ist das Erheben von Chausseegeld nicht mehr zeitgemäß.

Stadtr. John (Soz.): An der Tiergartenstraße ist die Bestelle tatsächlich überflüssig, denn der Zoll wird umgangen. Ich bitte aber, die Sache heute nicht abzulehnen, sondern sie einem Ausschuss zu überweisen.

Der Berichterstatter hat nichts gegen ein Ausschussberatung. Die Vorlage wird dem Grundeigentums-Ausschuss überwiesen.

Die Mandate zum Provinzial-Landtag sind in nächster Zeit neu zu besetzen. Da bereits für die Vorbereitung einer Erbhof eine Kommission eingesetzt worden ist, wurde dieser die Besorgung übertragen, Vorschläge für alle in diesem Jahre freierwerdenden Mandate zu überlegen.

Für Abhaltung eines Lehrganges zur Heilung von Stottern werden 350 Mark bewilligt.

Dem aus dem Jahre geschiedenen Stadtrat Bröckling wird der Ehrentitel „Stadtkämmerer“ verliehen.

Zur Erweiterung des Schulgrundstückes an der Kräftestraße wurden 527 Mark zum Ankauf eines Nachbargrundstückes bewilligt.

Der Erweiterung von Flächen zur Anlegung eines Platzes und Straßen im Stadtteil Herdau wurde zugestimmt.

Der Zuschuß für die Privatmädchenmittelschule der Frau Stegmann wird von 8 auf 12 Mark für jede einheimische Schülerin erhöht.

Der Bebauungsplan für die Grundstücke zwischen Promenade, Dominikanerstraße, Neherberg und Neue Gasse wurde genehmigt.

Für Verwendung kupperner Eschschnecke für die Kondenswasserleitungen im Säuglingsheim wurden 1200 Mark bewilligt.

Der Einrichtung elektrischer Beleuchtung in der Oberförsterei Nienberg für 1100 Mark wurde zugestimmt.

Für Herstellung eines Wirtschaftsgebäudes für die Musterschule in Nienberg wurden 2300 Mark bewilligt.

Die Restauration der Feuertempometeranlage im Wenzel-Garde-Krankenhaus von 500 Mark wurden nachgewilligt.

Der Mietung von Räumen für die gewerbliche Fortbildungsschule im Breslauer Konzerthaus für 4000 Mark jährlich wurde zugestimmt.

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Die Orden für die Jahrhundertausstellung,

so lange erwarteten, sind endlich eingetroffen und verteilt worden. Herr Stadtrat J. L. J. J. J., Herr Stadtbaurat Berg, der den gesamten Plan der Halle entwarf, der Erbauer der Orgel, Herr W. A. W., der Leiter des Straßenschnitzens, Herr Lehberg, schließlich die Herren Prof. Seger und Dr. Wendt erhielten den Orden Adler, 1. Klasse. Bei ihnen weiß man ungefähr, warum sie in der Dekoration würdevoll wurden, weshalb aber die beiden höchsten konservativen Stadträte Breslaus, Vitzke und Hoffmann den Preis erhielten, darüber zerkochen sich die braven Bürger vergeblich den Kopf. Den Kronorden 1. Klasse erhielten u. a. Bürgermeister Trentin, der die Arbeit hatte (wie oben), auch die Herren Masner, Pölschig, Prof. Rosen, die die großen Pläne entworfen (wie oben) und die Herren Dr. Töpel und Dr. Peuder für ihren allgemeinen Patriotismus (wie oben). Unter den sonst von Gnadenjonne Beschiedenen erwähnen wir noch Paulusso: Schreiber und Schriftsteller Wiberfeld; allerhand Pensionärinnen wurden an die verschiedenen Leute vom Promadirektor bis zum Polizeikommissar usw. verteilt.

Im übrigen war es, wie immer bei Ordensverteilungen: Mauther, der in Arbeit und Eifer für die Sache ausging, ist schließlich übergegangen worden, und mancher, der früher nicht weiß war, ist dekoriert. Zum Glück verlieren deshalb die ersten so wenig an allgemeiner Verächtlichkeit, als die letzten gewinnen.

Zum Streit

zwischen den Ärzten und Krankenkassen

In Breslau erklären die Vorstände des Verbandes der Orts- und Betriebskrankenkassen, der allgemeinen Ortskrankenkasse und der Ortskrankenkasse für Kaufleute usw. folgendes:

In der letzten Zeit sind den hiesigen Zeitungen Artikel und Notizen aus Metzgerkreisen über den Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen in so großer Zahl zugegangen, daß eine jedesmalige Erwiderung der Redaktionen den Namen der Zeitungen in ungebührlicher Weise in Anspruch genommen hätte. Die unterzeichneten Krankenkassen wollen daher auch in Zukunft irgendwelche Mißbilligungen oder Erminderungen der Artikel und Notizen aus Metzgerkreisen nicht bewirken und erklären nur noch kurz folgendes:

In den schon erwähnten Zuschriften ist zu viel Unwahres und Unrichtiges enthalten, das es sich nicht lohnt, darauf einzugehen, da die interessierten Kreise das Unwahre in diesen Notizen schon längst werden herausgefunden haben. Zunächst ist nur noch die Behauptung, daß etwa 40 Millionen Menschen in Deutschland am 1. Januar 1911 gegen Krankheit versichert sein würden. Eine sichere Annahme, wieviel das sein werden, ist weder von Ärzten noch Krankenkassen zu geben. Wahrscheinlich werden etwa 18 bis 19 Millionen Mitglieder in den Krankenkassen versichert sein.

Es ist auch unrichtig und böswillige Erfindung, daß die Krankenkassen in Breslau aus purem Machtzweck den Streit mit den Ärzten herbeigeführt hätten. Wichtig ist, daß 3. B. bei der Ortskrankenkasse der Kaufleute zwischen ihren bisherigen Ärzten und dem Vorstande in der freundschaftlichsten Weise ein neuer Vertrag vereinbart war, der leider nicht die Genehmigung des Leipziger Ärzteverbandes gefunden hat, jedoch der Streit tatsächlich nur auf diesen zurückzuführen ist.

Die Gruppierung der Krankenkassen oder die Einführung der freien Arztwahl hätte nach der ehrlichen Uebersetzung aller Krankenkassen unzweifelhaft entweder eine Verringerung der Beiträge von mindestens 2 Prozent oder eine Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen an die Mitglieder herbeiführen müssen. Aus diesem Grunde konnte dem Vorstande des Leipziger Verbandes in der gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Konjunktur nicht entsprochen werden. In dieser Frage sind die gesamten Krankenkassen, in welchen alle politischen Parteien vertreten sind, sowohl Arbeiter wie Arbeitervereine, vollkommen einig.

Der Parabeurverein

der Breslauer Klempnergejellen

war Gegenstand einer Verhandlung, die am Mittwoch die vierte Sitzung des Breslauer Landgerichts beschäftigte. Der Parabeurverein besteht schon sehr lange. Er hat den Zweck, bei

Verordnungen seiner Mitglieder für eine würdige Bekleidungsform Sorge zu tragen. Hüte, Kränze, Schärpen und die rechts und links neben dem Leichenwagen schreitenden „Parabeure“ bildeten dabei das wichtigste Zubehör. Alle diese Dinge konnte sich jedes Mitglied durch Zahlung eines Wochenbeitrages von nur fünf Pfennigen beschaffen. Den „ausgesuchten“ Mitgliedern des Parabeurvereins fiel es betrüblich auf die Seele, daß sich auch einige Freireligiöse darin „breit machten“, wie sie sagten. Im Winter 1910/11, als der allgemeine Klempnerstreik ausbrach, machte die ausgesuchte Münderheit im Parabeurverein nicht mit und sprach die Unternehmern bei. Das führte schließlich dazu, daß die unternehmerfreundlichen Elemente im Februar 1911 von der Mehrheit ausgeschlossen wurden, da sie sich bei den Beschlüssen nicht halten wollten. Am 3. Mai 1911 hat jedoch das hiesige Landgericht diese Ausschließung für ungültig erklärt. Daraufhin wurde im März 1912 laut Beschluß der Generalversammlung der Parabeurverein aufgelöst und sofort eine neue gegründet, der sich fast nur aus freireligiösen Klempnergejellen zusammensetzt. Einer von den neuen „Ausgeschlossenen“ nach am 17. September 1912 und der Parabeurverein ließ das Verbot dieses früheren Mitgliedes vollkommen unberücksichtigt. Die münderjährige Tochter und einzige Erbin des Verbotenen sagte nun gegen den Verbot auf Schadenersatz von 50 Mark für den entgangenen Verbotensboom. Das Amtsgericht verurteilte den Verein zur Zahlung und stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich trotz der Neugründung doch um den alten Verein handele. Dieser Auffassung schloß sich auch die vierte Zivilkammer als Berufungsgericht an und sprach die Klage in den Betrag von 47,65 Mark zu. Es wurden die Beiträge von der Forderung abgerechnet, die das frühere Mitglied seit seinem Ausschluss nicht gezahlt hat.

Die Tarifverträge in der Rechtsprechung.

In der Sitzung der Gewerbegerichtsbeisitzer am 4. November sprach Genosse Philipp über die Frage: „Welche Bedeutung haben Tarifverträge in der Rechtsprechung?“ In Deutschland, wie in England, dem Mutterlande des Kapitalismus, gibt es keine rechtliche Grundlage für Tarifverträge, der § 105 der G.-O. macht die Tarifverträge scheinbar hinfällig. Die durch Tarifverträge vor den Gewerbegerichten und den Amtsgerichten entstandenen Klagen werden von den Juristen sehr verschieden beurteilt. Einige bezeichnen den Tarifvertrag als Dienstvertrag, andere als freie Vereinbarung, eine dritte Gruppe wieder als Gesellschaftsvertrag. Von einigen Juristen wird die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge vollständig abgelehnt mit der Begründung, daß in Zeiten der Krise das Wohl der Gesamtheit über den einzelnen Berufsgruppen stehen müßte. Wir betrachten den Tarifvertrag als Vertrag des Friedens, weshalb wir eine Rechtsverbindlichkeit fordern müssen. In diesem Sinne können wir Sonderverträge, die Arbeiter eingehen, um ihren Kollegen in den Klagen zu helfen, nicht anerkennen; wohl aber müssen wir Sonderverträge annehmen, durch die besonders vorgebildeten Arbeitern höhere Löhne gesichert werden. Trotzdem die vertriebenen Arbeiter Urteile gefällt werden, wäre es verträglich, ein einheitliches Tarifvertragsrecht zu verlangen, denn das ganze Tarifvertragswesen ist noch viel zu jung und zu wenig durchgebildet.

In der letzten Aussprache stellten sich fast alle Redner auf den Standpunkt des Genossen Philipp, daß Tarifverträge rechtsgültig sein sollten. Man behandelte noch einige wichtige Fälle aus der Rechtsprechung.

Die mißverständene Zeugenbelehrung.

Nach den Vorschriften der Strafprozessordnung ist der Richter verpflichtet, den Zeugen vor der Eidesleistung auf die rechtliche und religiöse Bedeutung des Eides hinzuweisen. Zum Eide kann jeder gezwungen werden, der sich aus einem Grunde, den das Gesetz als berechtigt nicht anerkennt, weigert, seine Aussage zu bejahen. Nicht eidfähig ist, der wegen Meineides bestraft ist, und das Zeugnis verweigert kann jeder, der mit dem Angeklagten nahe Verwandt ist.

Dieser Fall wurde in einer Strafsache, über die das Schöffengericht verhandelte, ein Schuhmacher als Zeuge aufgerufen. „Sie sind wegen Meineides noch nicht bestraft, auch mit dem Angeklagten nicht verwandt und beschuldigt?“ — „Dann werden Sie den Eid zu leisten haben“, befragte ihn der Vorsitzende, „weil Sie Gott zum Zeugen der Wahrheit und zum Richter der Unwahrheit anrufen werden.“ — „Ich weiß von der Sache überhaupt nichts, ich war garnicht dabei gewesen“, bemerkte der Zeuge, worauf der Vorsitzende ihm erwiderte: „Darauf kommt es vorzüglich noch garnicht an, was Sie auszusagen wissen oder nicht; Sie sollen nur beachten, daß Sie jetzt schwören und in allen Punkten die reine Wahrheit sagen müssen.“ — „Ja, aber ich weiß doch von nichts, ich kann doch garnichts auszusagen“,

begann von neuem der unbeherrschbare Zeuge. Dem Vorsitzenden fing an, seine Gebete zu schwören. — „Schwören“, sagte er, „verstehen Sie denn nicht deutsch. Es ist vor der Hand ganz Wurst, was Sie wissen. Geben Sie jetzt die rechte Hand und sprechen Sie mir die Worte des Eides nach.“ Der Zeuge schien die eindringliche Belehrung des Vorsitzenden immer noch nicht verstanden zu haben, denn er hob erst nach einigem Zögern seine Hand zum Schwur und sprach widerwillig die ihm vorgeschriebenen Eidesworte nach.

Ganz erleichtert atmete der Richter nach der so umständlichen Belehrung auf und meinte zu den Schöffeln: „Wenn jeder Zeuge so schwerfällig wäre, dann würden wir überhaupt nicht fertig.“ Wie aus der Aussage des Zeugen hervorging, mußte es tatsächlich nicht viel zur Sache selbst zu sagen. Deshalb war jedoch seine Vereidigung nicht unnütz gewesen, weil der Zeuge im Eide nicht nur gelobt, nichts seines Worts hinzuzusetzen, sondern auch nichts zu verschweigen. Würde es sich nachträglich herausstellen, daß der Zeuge über ein besseres Wissen verfügt hat, er wisse von der Sache nichts, so könnte ihm das wegen Meineides mindestens ein Jahr Zuchthaus kosten. Der Richter ist unendlich verpflichtet, den Zeugen auch dann zu vereidigen, wenn er im vornherein erklärt, er könne nichts zur Sache beibringen.

Auch der Freireligiöse kann vereidigt werden, den Eid zu leisten. Es kommt immer wieder vor, daß freireligiöse Zeugen den Vorsitzenden ersuchen, sie vom Eide zu entbinden, weil sie es als Heuchelei empfinden, entgegen ihrer innersten Ueberszeugung den Namen des Allmächtigen und Allwissenden anzunehmen. Ein Breslauer Landgerichtsdirektor hat bei dieser Gelegenheit einmal zu einem Freireligiösen die folgenden Worte gesprochen: „Wenn Sie nicht an Gott glauben, dann nehmen Sie den Rest Ihres Gewissens mitzunehmen und glauben Sie wenigstens an den Staatsanwalt. Denn wenn Sie nicht an den glauben, und wissenschaftlich den Eid verlegen, kommen Sie ins Zuchthaus.“

Dem Richter hat schon wiederholt Anträge vorgelegen, eine besondere Eidesformel für Freireligiöse usw. zu schaffen. Trotz aller Widerstände wird sich diese gerade im Hinblick auf die Fortentwicklung der Freireligiösen in Deutschland nicht diese Zeit immer näher heran.

* Erfundene Nachrichten der „Breslauer Morgen-Zeitung“

In ihrer Serie von Erfindungen und sensationellen Aufwandschüssen von Nachrichten hat die „Breslauer Morgen-Zeitung“ gestern die Meldung in die Welt gesetzt, Stadtrat Perls habe das Degenat für die Theater-Angelegenheiten niedergelegt. Bei dem Takt und dem Einfluß, den die gegenwärtige Leitung der „Breslauer Morgen-Zeitung“ auf die Vergebung städtischer Ämter besitzt, hat sie natürlich sofort die Nachfolgerschaft vergeben, Herrn Stadtrat Precher für unfähig auf diesen Platz und Herrn Stadtrat Friedel als den einzig möglichen und von der „Morgen-Zeitung“ als Aufsichtsbehörde zu bestätigenden Nachfolger erklärt. Um die völlige Haltlosigkeit der ganzen Mär zu erweisen, nahm in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung Herr Stadtrat Perls mehrfach als Theaterdegenant das Wort, ohne daß die „Morgen-Zeitung“ ihn sofort von seinem Plage abrief. Trotzdem hat natürlich die „Morgen-Zeitung“ recht und Herr Perls ist im Irrtum. Er hat sich nur durch die sachkundigen Mitteilungen der „Morgenzeitg.“ von seinem wohlüberlegten Schritt abhalten lassen. Also danken wir dem Blatt, daß er uns erhalten blieb. Die Raze fällt immer auf die Meise!

* Unterricht über Blitzschutzanlagen. Die Handwerkskammer zu Breslau hat die Absicht, im Laufe des Winters einen Kursus über die Anlage und Prüfung moderner Blitzschutzanlagen zu veranstalten. Dieser Kursus soll Fachtheorie, Fachzeichnen, Kostenberechnung und Besichtigungen umfassen und vier Tage dauern. Um den Teilnehmern den Besuch des Kurses möglichst zu erleichtern, soll nur eine Gebühr von 6 Mk. erhoben werden. Der Unterricht ist besonders für Klempner, Schlosser, Dachdecker, Mechaniker und Schmiede sehr wichtig. Meldungen sind an das Bureau der Handwerkskammer Breslau II, Blumenstraße 8, zu richten.

* Zusammenstoß. Am Mittwoch nachmittags stieß auf der Kaiser-Wilhelmstraße ein Kraftwagen mit einem Rollwagen zusammen. Dabei blieb eine Kette des Rollwagens an dem Verdeck des Kraftwagens hängen und riß dieses vollständig herunter. Personen wurden glücklicherweise nicht beschädigt.

Aus aller Welt.

Ein Petroleumdampfer in Flammen.

Die Besatzung verbrannt.

Der Petroleumtransportdampfer „Zwingone“ ist am Mittwoch im Hafen von Tutuorin in Flammen aufgegangen, gerade als er damit beschäftigt war, Petroleum in die Hafentanks zu pumpen. Das Feuer griff so schnell um sich, daß alle Auslöschen, es erfolgreich zu bekämpfen, hoffnungslos erschienen und aufgegeben wurden. Die aus fünfzig Mann bestehende Besatzung des Schiffes und eine Anzahl Aulus führten sich auf die Rettungsboote des Schiffes, doch gelang es nur einem kleinen Teil der Besatzung, sich zu retten. Nur ein Rettungsboot, das der Hafenbehörde, das in der Nähe des Dampfers lag, erreichte glücklich das Land, die anderen löhnten um und ihre Besatzung fiel in das Meer, das auf etwa 20 Meter im Umkreis des Schiffes infolge des ankommenden Petroleums Lichterloh brannte.

Innertags dieses Flammengürtels spielten sich tragische Szenen ab. Erfolgreich bemüht sich verschiedene Leute der Besatzung, unter Aufbietung aller Kräfte durch den Flammengürtel hindurch ins freie Meer zu gelangen. Der Sohn des Hafenkontrollors, der an Bord des Schiffes zurückgelassen worden war, wurde von einem auf das Schiff zurückgekehrten Jagentier fortgeschleppt. Beide wurden gesehen, wie sie sich durch die Flammen hindurchkämpften suchten, es fehlte aber von ihnen jede Spur. Auf der Reede stand eine Anzahl von Menschen versammelt, die den Versuch machten, Hilfe zu bringen. Verschiedene Boote gingen auch in See, mußten aber unüberwindlicher Sache umkehren, da sie infolge der großen Hitze durch die hoch aufliegenden Flammen nicht vorbringen konnten. In einiger Entfernung von dem brennenden Boot hatten sich im Ru zahlreich Haifische versammelt, die nach den Leichen suchten.

Nach einem anderen Telegramm des Schiffszimmers aus Tutuorin sind auch der erste und zweite Offizier sowie der Kapitän des Schiffes und die Warten des Rades in den Flammen umgekommen.

Tutuorin ist ein kleiner Hafen an der Ostküste Indiens in der Provinz Madras und bekannt als Anlegeplatz für Perlenfischer.

Belohnung für die Retter bei der „Soltorno“-Katastrophe.

Die heldenmütige Rettungsaktion der Lloyd-Dampfer „Großer Kurfürst“ und „Seydlitz“ beim Brande des Dampfers „Soltorno“ auf hoher See hat nach dem „B. Z.“ die Direktion des Norddeutschen Lloyd veranlaßt, den beteiligten Offizieren und Mannschaften besondere Auszeichnungen und Anerkennungen zuteil werden zu lassen. So wurde der bisherige erste Offizier H. Spangenberg, der promptlich das Kommando über den Dampfer „Großer Kurfürst“ inne hatte, zum Kapitän ernannt. Die Offiziere, die die von beiden Dampfern ausgelegten Rettungsboote führten, erhielten Offiziers-, und sämtliche Mannschaften der 12 Rettungsboote beider Schiffe ein volles Monatsgehalt als Belohnung ausbezahlt. Anders an dem Rettungsboot Beteiligten, die an Bord der Dampfer „Großer Kurfürst“ und „Seydlitz“ verblieben, haben eine entsprechende Gratifikation erhalten. Außerdem ging jedem einzelnen Mann der Bootbesatzungen, die sich aus Matrosen, Dezenten und Stewards zusammensetzten, ein persönliches Dankschreiben der Direktion des Norddeutschen Lloyd zu.

Für den Ausbau des Berliner Opernhauses hat Wilhelm II. am Mittwoch endlich den so viel angefeindeten Entwurf des ehemaligen Berliner Stadtbaumeisters Ludwig Hoffmann genehmigt. Hoffmann hat in dem Entwurf die vorwiegend repräsentativen Wünsche des Kaisers auf ein erdächtliches Maß zurückzuführen.

Eine Million Mark im Jahre für Kleider ausgegeben. In einer Zeit, wo das Einkommen des Durchschnitts Arbeiters kaum zum nötigsten Lebensunterhalt ausreicht, wird das Modebudget einer amerikanischen Milliardärin Interesse für sich haben. Das jährliche Modebudget einer Frau Werner in New York wird von den dortigen Modemachern angegeben:

Handschuhe höchst 1 Paar d. L. 365 zu 15 Mk.	5 475 Mk.
Kleider 100 Stück zu 500 Mk.	500 000
Schuhe 50 Paar zu 250 Mk.	12 500
Leibentwürter 150 Stück zu 20 Mk.	3 000
Hüte	250 000
Fächer	75 000
Perle	30 000
Strümpfe, Sonnenchirme, Parfüms usw.	120 000
Im ganzen 985 975 Mk.	

Über bestienungeachtet leben wir in einer gerechten Welt; und die sie ändern wollen, sind Kulturfeinde.

Vom Starstrom getrieben. Im Schalthaus der Hafenanlage zu Schweigern bei Essen (Ruhr) kamen ein Monteur und ein Techniker der Starstromleitung zu nahe; beide waren auf der Stelle tot.

Die Abwehr von Brandstiftungen. Das Polizeiamt von Lübeck ergab die Belohnung auf Ermittlung des Brandstifters bei dem Solalager auf 4500 Mark.

Eine tragische Erinnerung an Kapitän Scott.

Eine altmögliche Darstellung der Scottschen Expedition nach dem Südpol schildert, wie die Forscher beim Blick der norwegischen Flagge am Endziel allen Mut verloren und beschlossen, ihrem Leben ein Ende zu machen. Scott befahl dem sie begleitenden Dr. Wilson, was er an Eisfen in der Wothek habe, herauszugeben. Es kamen auf jeden Mann 30 Opiumpillen, so heißt es in dem hinterlassenen Tagebuch, aus der letzten Enttaugung acht hervor, das man sich entschloß, einen natürlichen Tod vorzuziehen, nämlich so lange zu wandern, bis Ermüdung und Hunger dem Leben der Männer ein Ende gemacht haben würden.

Der Fürstbischof von Gurk unter Vormundschaft. Aus Klagenfurt (Oesterreich) wird gemeldet: Das hiesige Amtsblatt teilt mit, daß der Fürstbischof von Gurk Geheimrat Dr. Josef Kahn wegen Blödsinns unter gerichtliche Vormundschaft gestellt worden ist. Derselbe wohnt derzeit im Kloster Laurenberg und steht im 45. Lebensjahre. Der Abt des Klosters Gelfert wurde zum Vormund des Bischofs ernannt. Die Einleitung der Vormundschaft geht auf die Affäre des Monsignore Vitz jurid, der in Ämtern verschiedene Industrien gründete, und als diese nicht mehr lebensfähig waren, den Fürstbischof zu bewegen wußte, aus dem Vermögen der Diözese Beiträge zur Unterhaltung der Unternehmungen flüssig zu machen. Die Gelder gingen verloren, als die Gründungen des Monsignore Vitz zusammenbrachen. Der ganze österreichische Kaiser wurde damals veranlaßt, zur Deckung der veruntreuten Beiträge beizusteuern und Dr. Kahn gezwungen, als Fürstbischof abjudan.

Ist doch nur gut, daß sich die „Geisteskrankheit“ im rechten Augenblick einstellte, denn sonst müßte der Herr Fürstbischof die behaglichen Räume des Klosters mit denen eines Gefängnisses vertauschen.

Witwenverbrennung vor Gericht. Trotz des heftigen Kampfes, den die englische Regierung gegen die Witwenverbrennung in Indien führt, huldigen weite Volksteile bis in die höchsten Schichten diesem Brauch. Vor dem obersten Gerichtshof in Allahabad standen jetzt einige der höchsten Rassen angehörige Eingeborene, die gegen ihre Verurteilung wegen Hülfeleistung bei einer Witwenverbrennung Berufung eingelegt hatten. Vor einiger Zeit war der Maharadscha von Maimpore gestorben, und seine Witwe erklärte sich bereit, nach alter indischer Sitte lebend den Scheiterhaufen zu besteigen, auf dem ihr Gatte verbrannt wurde. Die Verbrennung war aus dem Verbotenen vollzogen worden. Die englische Polizei hatte jedoch durch einen Zufall davon Kenntnis erhalten, und läßt Verurteilung der Witwe wurden verhängt und wegen Hülfeleistung zum Tode durch drei Jahre Gefängnis verurteilt.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Der Schlußvortrag des wissenschaftlichen Vortragskurses über „Menschenkunde“ von Dr. Trücker findet heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Die Arbeiten am Hafen, der vom Staate unterhalb der Kaiserlichen Eisenbahnbrücke auf der rechten Seite gebaut wird, gehen rüstig vorwärts. Der Hafen ist 14 Dektar groß geplant; etwa ein Drittel dieses Umfangs ist bereits soweit hergerichtet, daß es benutzt werden konnte. Beim jetzigen Wasserstande hat der bereits fertige Teil eine Tiefe von 8 1/2 Meter. Nach etwa 4 Meter ragen die Ufer des Hafens über dem Wasserpiegel empor. Der Zugang von der Oberher ist vollständig fertig. Die Böschungen haben unten Packlager erhalten und sind oben mit Klaffen belegt worden. In diesen Lücken sind über 80 Röhren in den jetzigen Teil des Hafens eingelaufen, um dort die Ladung zu leichtern, das heißt die großen Röhren in die mitgebrachten Kohlen auf kleinere Fahrzeuge um. Die Baugearbeiten werden fortgesetzt. Man ist damit bereits bis zur sogenannten Aussichtshöhe am Oberbaum gekommen. Der Hafen wird den ganzen Raum zwischen der Eisenbahnbrücke und dem Tamm einnehmen. Am Tamm bleibt nur ein etwa 30 Meter breiter Streifen vom alten Gelände bestehen. Die durch Baugearbeit ausgehobene Erde wird vertrieben verwendet. Ten futuristischen Boden der oberen Schicht verwendet man zur Aufschüttung und zur Ausfüllung der Tümpel, die bekanntlich reichlich das Odergelände bis Dömitz hin durchsetzen. Dadurch sind diese fast gänzlich verschunden und es ist ein wesentlicher Schritt zur Bekämpfung der Leuziger Mückenplage geschehen. Diese Tümpel waren hauptsächlich die Brutstätten der Mücken. Den ansäurehaltigen Sand und Kies schafft man mit Fräsmaschinen zu den Abzweigungen.

Neue Verträge. Zur Meldung über die neuen Verträge zwischen Ärzten und Krankenkassen wird uns mitgeteilt, daß es sich um wirklich neue Verträge nicht handelt. Die beteiligten Kassen hätten schon vor einigen Jahren Verträge mit freier Arztwahl eingeführt, die jetzt abgelehnt waren und nur erneuert wurden. Der vertraglich bestehende freie Krankentassenverband mit seinen Kassen umfaßt noch keine 100 Krankentassen. So einen sehr kleinen Teil der in Breslau versicherten Arbeiter und Angestellten.

Teatraltheater. Die eigenartige Erfindung, Menschen als lebende Puppfiguren auf die Bühne zu bringen, die dort genau ebenso singen, tanzen und springen, wie in jedem anderen Theater oder Variete, ist ein Geheimnis, über das sich schon in der Ausstellung viele Hunderttausende vergelbt die Köpfe zerbrochen haben. Bleibt, wie wir schon mitteilten, vorläufig noch Breslau erhalten. Das Teatraltheater hat seinen Winter-Platz in der „Kranke“, Junkersstraße 88/4 in der Nähe des Christophor-Platzes aufgeschlagen. Das Programm ist im Verhältnis zu dem in der Ausstellung bedeutend reichhaltiger und soll in Zukunft noch mehr bieten, als jetzt schon. Am Donnerstag fand vor Vertretern der Presse und geladenen Gästen eine Separat-Vorstellung statt, in der die verschiedenen Tanz- und Gesangsnummern vorgeführt wurden. Geheimnisvoll ist es, wenn die nur wenige Zentimeter hohen Figuren mit ausgereisten Männen- oder Frauenlinien singen und tanzen, oder wenn sie mit ihren zierlichen Füßchen wie richtige Ballettenden graziose Tänze aufführen oder gar wie preussische Grenadiere aufstehen. Und doch ist alles natürlich und mit Hilfe optischer Einrichtungen möglich. Wer das Teatraltheater noch nicht besucht hat, und wenn es die Mittel dazu gestatten, dem kann der Besuch einer Vorstellung, die eine gute halbe Stunde dauert, empfohlen werden. Willeis zum Vorzugspreise von 25 Pf. sind in unserer Expedition zu haben.

Frostschutz für die Hauswasserleitungen. Beim Veranlassen des Frostweckers sei auf folgendes hingewiesen: Um ein Einfrieren der Hauswasserleitungen, besonders der Wassermeßer, zu verhüten, muß der Wassermeßerschacht mit doppeltem Polbelag versehen sein und gleich dem Meßer mit Stroh und dergleichen verpackt werden. Steht der Meßer im Keller, so sind die Kellerfenster über Winter geschlossen zu halten und gut zu verpacken. Da wo Polaborte vorhanden sind, ist die Grube ebenso wie der Wassermeßerschacht zu behandeln. Die Entleerungsbühnen müssen während der Frostzeit geöffnet sein und die Abortbecken sind mit einem gut schließenden Holzdeckel abzudecken, da sonst die Ausläuftröhren an dem Becken leicht zufrieren und Wasser durch die Entleerung verlore geht.

Kleine Notizen.

Ein unbekannter Rembrandt, das Bild eines blondlockigen jungen Mannes, soll in einem Berliner Privathaus entdeckt sein. Wenigstens hat Herr Bode ein Attest ausgestellt und ein Kunsthändler das Bild teuer verkauft.

Forscherlos. Der Missionar Greenfield, der zur Mission unter den Eskimos auf der Westküste in der Arktis weite, ist nach London zurückgekehrt und berichtet, daß der deutsche Vögelersucher Gangich, der im letzten Jahre eine Forschungsreise von der Mission der Westküste aus unternahm, gestorben ist. Sein Gesundheitszustand war dem Mitleid in den nördlichen Regionen nicht gewachsen. In seiner Begleitung befand sich eine kleine Abrieitung von Eskimos, die alles taten, um ihn zu retten. Seine Aufzeichnungen und Instrumente hat Missionar Greenfield nach Europa gebracht.

Kältebrand in der „Fram.“ Amundsen hat die beunruhigende Mitteilung erhalten, daß in der „Fram“, die zurzeit in Colon (Mittelamerika) liegt, sich „Kältebrand“ gezeigt habe und daß infolge davon auch ein Teil der Schiffskörperverwundet worden seien. „Kältebrand“ ist die technische Bezeichnung einer Polkrankheit, die bei Polgehenden ziemlich häufig auftritt und Polgelenken zur Folge hat. Da dadurch der Termin der Nordpolexpedition verzögert werden wird, steht noch dahin, die bisherige Abrieitung Amundsens gina dahin, im Mai oder Juni von San Francisco aus die Fahrt ins Polarmeer anzutreten.

Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow hat jetzt endlich das Verbot, das er am 18. März gegen ein Karfreitagskonzert der „Freien Volksbühne“ erlassen hatte, aufgehoben. Diese Aufhebung ist erfolgt auf eine Beschwerde, die die „Freie Volksbühne“ durch den Rechtsanwalt Dr. Feinmann hatte einlegen lassen. Die Aufhebung ist auf Grund eines Gutachtens der kgl. Akademie der Künste und des kgl. Instituts für Kirchenmusik erfolgt, worin die beiden Oratorien „Fransiskus“ von Dini und „Leende von der heiligen Elisabeth“ von Bizet als geistliche Musik im Sinne des Gesetzes angesehen seien. Auch wird zugegeben, daß bei der Veranstaltung ein höheres Kunstinteresse obwalte.

Fast neun Monate alt hat es gedauert, bis der Berliner Polizeipräsident sich vom schlecht informierten zum besser informierten wandeln konnte. In derselben Zeit pflegen andere Menschenkinder weit größere Leistungen zu vollbringen. Wäre eine Information vor dem Verbot nicht zweckmäßiger gewesen? Indessen — man soll mehr Freude haben über einen belehrten Säuber als über 19 Verurteilte. Offenlich hält die Behörde an und erstreckt sich nicht nur auf künstlerische Veranstaltungen.

Peter Rosjager Nobelpreisträger? Daags Nyheter melden: Peter Rosjager hat die besten Aussichten für den Nobelpreis für Literatur. Die schwedische Akademie hat den endgültigen Beschluß am 13. November. Nach Paul Heyse — Peter Rosjager. Wir gestatten uns, denn doch zu bezweifeln, ob es eine Förderung der Literatur ist, wenn man am Ende ihres Lebens und geistigen Schaffens stehenden Dichtern solche Unsummen in den Schoß wirft die sie doch niemals mehr verwenden können, während anders noch mitten im Schaffen stehende Not leiden.

Alle Partei-Mitglieder

sollten sich täglich vor Augen halten, daß wir immer größer und stärker nur werden können, wenn die Zahl der Leser wächst und die der eingeschriebenen Mitglieder. Jeder kann bei Verwandten, Fremden, Bekannten und Mitarbeitern für seine gute Sache werben; oft genügen wenige Worte, um der Volkswacht einen neuen Leser oder der sozialdemokratischen Partei ein neues Mitglied zuzuführen. Darüber hinaus sind freilich auch die Hausagitationen dringend nötig. Zu dieser stets erfolgreichen Arbeit treffen sich am Sonntag die tätigen Genossen von vormittag 8 Uhr an:

Schützenwiese 14 (Distrikt 6 Nikolaitor),
Mehlgasse 52 54 („ 8 Oberdor).
Selbst aus den benachbarten Distrikten sind stets willkommen.
Die in den Distrikten 3a und 16 geplanten Mitgliederagitationen können erst an einem späteren Sonntag vorgenommen werden.

Die Konkurrenzklausei.

Eine ebenso wichtige wie interessante Streitfrage wurde in der Sitzung vom 3. d. M. verhandelt. Eine Firma kaufte, um eine Konkurrenz los zu werden, ein Geschäft derselben Branche. Dieses Geschäft mit eigener Firma wurde eine Reihe von Jahren von einem Geschäftsführer selbstständig geleitet. Da die Firma im Handelsregister nicht eingeschrieben war, hatte der Geschäftsführer mit der Post große Schwierigkeiten. Die Post lehnte es ab, Geldsendungen und so weiter abzugeben. Um diesen Schwierigkeiten entgehen zu sein, trug der Geschäftsführer seinen Namen als Träger des Geschäfts ins Adressbuch und Telefonregister ein, auch firmierte er mit seinem Namen. Jetzt empfing er alle Geldsendungen und Briefe. So ging es etwa zwei Jahre, ohne daß der Arbeitgeber Einspruch erhoben hätte. Da der Geschäftsführer die Geschäftsräume erweiterte, indem er noch einen Raum zumietete, ohne jedoch einen mehrjährigen Mietvertrag mit dem Wirt zu schließen, wurde ihm die Stellung gekündigt.

Zwischen der Firma und dem Angestellten — das ist der springende Punkt bei der Sache, war ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden, worin auch die Konkurrenzklausei eine wichtige Rolle spielte. Bei Auflösung des Dienstverhältnisses durch Verschulden des Angestellten sollte dieser verpflichtet sein, drei Jahre weder in ein Konkurrenzgeschäft zu treten, noch sich in derselben Branche selbstständig zu machen. Der Vertrag ist gekündigt und der Geschäftsführer klagte gegen die Firma mit dem Antrag, die Konkurrenzklausei aufzuheben.

Das Kaufmannsgericht hatte zu prüfen, ob ein nach den Verhältnissen wichtiger Grund zur Kündigung vorgelegen habe. Nur in diesem Falle wäre der Kläger zur Einhaltung dieser Konkurrenzklausei verpflichtet. Der Beklagte behauptete es. Durch das selbständige Vorgehen des Klägers wäre ihm ein nicht unbedeutender Schaden entstanden; besonders wäre die eigenmächtige Firmenänderung ein Kündigungsgrund gewesen. Der Kläger habe es nur zu dem Zwecke getan, um das Geschäft jetzt in die Hände zu bekommen. Der Kläger erwiderte, der Beklagte habe Wissen von der Firmenänderung gehabt, in demselben Augenblick als er es vertrat, sei das Geschäft wieder mit dem alten Namen firmiert worden. Eine Einbuße, wie der Kläger nachrechnete, sei durch die Namensänderung nicht entstanden.

Das Kaufmannsgericht erachtete die vorgebrachten Gründe nicht als so schwerwiegend, daß sie die Kündigung und einseitige Auflösung des Dienstverhältnisses rechtfertigten. Es trennte den Kläger von dem Verschulden und ordnete, daß der Kläger an die Konkurrenzklausei nicht gebunden sei.

Bei der Arbeit verunglückt. In den Linke-Hofmann-Werken auf der Grundstraße geriet am Donnerstag nachmittags ein Bohrer mit einem Fuß in das Getriebe einer Bohrmaschine, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Nach dem Anlegen eines Notverbandes durch Sanitätssoldaten der Feuerwehr schaffte man den Verunglückten ins Allerheiligenhospital.

Schwerer Straßenunfall. Am Dienstag stießen auf der Schweidnitzerstraße, Ecke Gartenstraße, zwei Radfahrer zusammen und kamen zu Fall. Im Augenblick wollte eine Droschke an einem dort haltenden Straßenbahnzuge vorbeifahren. Einer der verunglückten Radfahrer geriet unter das Droschkenpferd und wurde von der Droschke überfahren. Der Mann erlitt Abschürfungen und ein Wagenrad war ihm über die Schulter hinweggegangen.

Bereine und Versammlungen.

Einem Dichtersabend veranstaltet am Montag in Niegers Hotel, Königsstraße 2/4, die Ortsgruppe Breslau des deutschen Studentenbundes. Es wird das geistliche Musikstück von Herbert Gulenberg: „Klaris und Dalis“ aufgeführt. Gäste willkommen. Die Aufführung beginnt um 8 1/2 Uhr abends.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros)

Stadttheater. Heute wird „Ein Maskenball“ wiederholt. In der Sonnabend-Aufführung von Boris Godunow übernimmt Georg Schmieler die Partie des Schtski. Für Sonntag werden von den Herren Richter und Rio „Bajazzo“ und „Cavalleria rusticana“ vorbereitet. In Leoncavallos Musikdrama wirken Frau Verhult (Medda) und die Herren Hochheim (Canio), Peder (Tonio), Oster (Silvio), Daas (Pepo) mit. In Mascagnis Oper singt Paula Bloch die Sanuzza, Martha Schereschewsky die Luzzia, Mania Karowsta die Lola, Eugen Transhy den Turiddu und Max Oster den Alfio. Sonntag nachmittags wird Flotows „Messa di S. Traddella“ mit John Gläher in der Titelpartie gegeben.

Kobz-Theater. Heute, Freitag, den 7. November findet im Kobztheater eine Wiederholung des beliebten Quartetts „Gesinnung“ von Hans Müller in derselben Besetzung statt. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Morgen Sonnabend wird auf vielseitigen Wunsch Schnitzlers Komödie „Professor Vernhard“ wiederholt. Am Sonntag wird zum ersten Mal in dieser Saison neu einstudiert Schillers „Don Carlos“ gegeben. Die Vorstellung beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr.

Im Thalia-Theater wird heute Freitag als 3. Vorstellung der Gruppe D „Winterschlaf“ zur Führung kommen. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Am Sonntag wird zum ersten Male der Schwanz in drei Akten „So'n Windhund“ von Kurt Kroeg und Artur Hoffmann, in Szene geben.

Schauspielhaus. Heute Freitag gelangt „Das Farinermädchen“ zum 14. Male zur Aufführung. Morgen Sonnabend geht zum 1. Male die Operette „Die Kinokönigin“, von Georg Dronowski und Julius Freund, Musik von Jean Gilbert, in Szene. Beschäftigt sind die Damen Fißler (Titelrolle), Wandrey (Annie Linterbusch), Lang (Virginia Linterbusch) und die Herren Stöhl (Johann Clutterbusch), Grünwald (Baron de Gardennes), Wette (Johann Lopp), Brandl (Regisseur Willy Hanton), Hertel (Crofer, Triebel (Fredy). Die Tänze und Eoollitionen werden vom Regisseur des Metropol-Theaters in Berlin, Herrn Hans Steinhoff, einstudiert. Dirigent: Herr Kapellmeister Hoenberg. Die Verfasser des Buches, Georg Dronowski und Julius Freund, sowie der Komponist Jean Gilbert werden der ersten Aufführung der Operette „Die Kinokönigin“ bewohnen. Sonntag wird „Die Kinokönigin“ wiederholt. Nachmittags zu kleinen Preisen „Soheit tanzt Walzer“. Anfang 8 1/2 Uhr.

Victoria-Theater. Auf Ersuchen der Direktion machen wir hierdurch nochmals aufmerksam, daß am nächsten Sonntag, den 2. d. M. eine Nachmittagsvorstellung bei halben Preisen stattfindet. Der Biletverkauf hat bereits begonnen.

Auf der Adrennbahn Gränche werden sich am kommenden Sonntag die zurzeit besten deutschen Dauerfahrer Paul Thomas, Breslau und Carl Saldow, Berlin in einem Rennen über eine Stunde mit Motorführung gegenüberstellen. Das Rennen beginnt nachmittags 2 Uhr. Die Eintrittspreise sind bedeutend ermäßigt. (Siehe Anzeiger).

Zoologischer Garten. Heute Freitag findet von 4 Uhr nachmittags ab das dritte Eintronic-Konzert statt, angeführt von der Kapelle des 11. Grenadier-Regiments unter Leitung des kgl. Musikdirektors Meindl, unter Mitwirkung des Fräulein Anna Döhle (Soprano). Zur Aufführung gelangt Mendelssohns Eintronic-Quintett (Italienische).

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Bürgerliche Jugendbänger.

Auch im Landreise versuchen die Begier der Arbeiter, die heranwachsende Jugend für ihre Zwecke einzufangen. In Kobrowitz arbeitet der Sohn eines bekannten Großindustriellen und Großgrundbesizers mit den verschiedensten Mitteln, um die Jungen zu gewinnen. Da bekommen die Komitee eine komplette Uniform des Jungdeutschlandbundes geschenkt. Die Kosten bestreitet der Herr aus seiner Privatkasse, die aber vom Ertrage der Arbeiter, die im Dienste seines Vaters stehen, gefüllt wird. Auch durch Wettspiele, Festlichkeiten und Geschenke werden die Jungen gelockt und bei den überaus traurigen Erwerbsverhältnissen der Eltern, die den Kindern keine Freude gewähren können, ist es kein Wunder, daß die Mittel wenigstens auf einige Zeit wirken. Gewerkschafter und Parteigenossen! Daltet die Jungen offen und sorgt dafür, daß eure Kinder der freien Jugendbewegung zugeführt werden. Hier werden sie zu denkenden Männern erzogen, um später als vollwertige Kämpfer für die Sache der Arbeiterschaft einzutreten. Denkt daran: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 26. Oktober bis 2. November d. J. erkrankten an Diphtherie: in Gallowitz, Brodau, Schottwitz und Klettendorf je 1 Person, in Dzwitz 2 Personen; an Scharlach: in Rosenthal und Klettendorf je 1 Person, in Brodau 7 und in Birrowitz 2 Personen; an Unterleibstypus: in Cosch-Mochern und Malwitz je 1 Person.

Gräbchen. Aus dem Verein. Am 3. November, abends 8 Uhr, war unsere Monatsversammlung bei Knoll. Sie war gut besucht. Genosse Srowig hielt einen Vortrag „Strafprozess und Strafreform“, welcher beifällig aufgenommen wurde. Mehrere Genossen beteiligten sich an der Debatte. Hierauf erfolgte durch Srowig die Kreisabrechnung, die Versammlung gab sich mit dieser Berichterstattung zufrieden. Unter Verschiedenem wurden einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Herbold-Dürrog. Die letzte Bezirksversammlung hörte einen Vortrag des Genossen Feller über: Was müssen die Arbeiter und Frauen von der Krankenversicherung wissen? Er schilderte ihnen, wie sie sich bei Krankheitsfällen und das Arbeitslosgeld zu sichern haben. Genosse Zimmer gab dann die Abrechnung vom 2. Quartal und vom Sommerabschluß. Ihm wurde die Entlastung erteilt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, für den Distrikt Niederbiber zu laufen und im Januar 1914 wieder einen Maskenball bei Metzkulat abzuhalten. Zum Vortag, nachmittags 3 1/2 Uhr, ist eine Volksversammlung bei Metzkulat, Herboldstraße 100, vorgesehen.

Maria-Höfchen. Unsere Distriktsversammlung war nur mäßig besucht. Es waren auch sechs weibliche Mitglieder erschienen. Trotz der hohen Mitgliederzahl in unserem Distrikt läßt der Besuch in den Versammlungen viel zu wünschen übrig. Genosse Goldschmidt sprach über: Hat der Staat die Verpflichtung bei unverschuldeten Arbeitslosigkeit für Unterhalt zu sorgen? Sein Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es wurde noch auf die öffentliche Versammlung am Vortage hingewiesen. Auch wurden etliche sämtliche Vereinsmitglieder von Konsumverein „Vorwärts“ an ihre Pflicht gemahnt. In vorgerückter Stunde schloß die sehr anregend verlaufende Versammlung.

Grüneiche. Die Mitgliederversammlung am 3. November war leider schwach besucht. Genosse Anders sprach über den ersten Punkt des Programms „Was wollen die Sozialdemokraten“ in klarer, leichtverständlicher Weise. Nach einer kurzen Aussprache über diesen Punkt gab der Distriktsführer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Unter „Beschwerden“ wird vom Distriktsführer wie von einigen Genossen bedauert, daß seit kurzer Zeit eine allgemeine Laune eingebraten ist. Man sieht an den Zahlabenden immer dieselben Gesichter.

Stabelwitz. Gewerkschaftsversammlung. Am Sonntag, den 2. d. Mts. tagte hier bei Holz eine Versammlung der Hilfskasselle Stabelwitz und Umgegend des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands. Gen. Bernhard Müller-Breslau hielt einen Vortrag über das Thema: „Aus der ersten Zeit der deutschen Arbeiterbewegung.“ Er erzielte lebhaften Beifall. Zweitens gab der Kassierer Geise-Breslau den Kassenbericht vom 3. Quartal 1913. Dann wurde noch ein Delegierter zum Deutsch-Lissaer Gewerkschaftskartelle gewählt.

Versammlungen und Vereine.

Sonabend 8. November:
Sattler und Portefeuille. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Stellmacher. Abends 8 Uhr im „Goldenen Schwan“, Kupfer-
schmiedestraße 23/25.

Sonabend, den 8. November, abends 8 Uhr:
Partei-Land-Distrikt Rosenthal bei Laqua.
Dzwitz bei Grünast.
Groß-Mochern bei Schreier.
Beitlern bei Rinschalla.
Sonntag, den 9. November:
Partei-Land-Distrikt Mochowitz bei Müller, früh 9 Uhr.
Schosnitz bei Hoffmann, nachmittags 3 Uhr.

Zu billigsten Preisen
läuft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk
7172
sowie die denkbar größte Auswahl in Kinderschuhen, St.-
Gummis- und Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Schirme, Krawatten,
Hüte, Handschuhe
sowie sämtliche Herren-Artikel.
Nur gutes Fabrikat.
Stets Neuheiten.
Bekannt realer Bedienung.
Reparaturen an Schirmen gut
und billig. 9771

Paul Plantke, 38 Friedrich-Wilhelmstr. 38
71-1-15
Schirmfabrik und Herrenartikel-Geschäft.
T. S. 1.

Schlesien und Posen.

Ueber Hochwasserschutz im Obergebiet

prach in einer Versammlung in Gegenwart zahlreicher Interessenten Oberstrombauinspektor Karonz im Schloßischen Bereich der Reichverbände und Reichbesitzer an der Oder am Freitag nachmittag. Nach der „Breslauer Zeitung“ führte der Redner folgendes aus:

Entweder durch die Ueberflutung des Hochwassers oder anderer Angriffe zeigt sich der unregelmäßige Lauf seinen Ufern einbildlich gesamt. Durchstiche wurden wenig helfen, die Krümmungen würden sich selbst abtragen, es wieder angegriffen werden. Ideal war der Zustand der Oder, bis auf kleine Strecken oberhalb Ratibors, nie zu nennen. In den 70er und 80er Jahren hat man versucht, durch die Ufer den Ufer festhalten und gleichzeitig eine Schiffsfahrstraße zu schaffen, jedoch nicht mit gleichbleibendem Erfolg. Wegen die Uberschwemmung ist das einfachste Mittel: Verwallung, die von den Verbänden durchgeführt werden kann.

Neben den staumännlichen Hochwasserfreien Teichen sind aber auch andere, niedrige Wealtungen vorhanden, zum Beispiel in Coseler und Ratiborer Kreise, die eben nur zu leicht durchbrochen werden können. Aber auch jene hochwassergefahrenen Teiche seien im Jahre 1903 nicht den erwarteten Schutz. Die Teiche waren so zahlreich, daß sich das Hochwasser zwischen den Teichen sehr bedenklich aufstauen konnte. Als man sich mühsam bemühte, daß Abhilfe nottue, geriet man bereits über die Frage des „Wie“ in Unmöglichkeit. Gerade ergaben sich bei der Berechnung Schwierigkeiten. Man nahm als Beispiel das Coseler Teich im Jahre 1903 an. 160 Millionen Kubikmeter Wasser drängten an. Einen erheblichen Einfluß auf das Hochwasser konnte man erst gewinnen, wenn es gelang, das Hochwasser zu mindestens 30 Prozent in den Teichen festzuhalten.

Nachdem man sich nun mit der Hochwasserfrage a.g. fundierte, ging man an die Lösung der Aufgabe mit zwei Maßregeln heran. Allgemein praktisch erschienen folgende Arbeiten: die Verbesserung der Weichverhältnisse, der Schutz der größeren und kleineren Ortschaften durch Ringwallungen und die Krüppelung des Hochwassers durch Teichpolder. Es läßt sich eine vierte Arbeitsteilung in Frage, die Ausräumung der Vorländer zur Verbesserung der Vorflut (die Eindämmung von Wäldern und Feldern), doch findet eine solche Lösung des Problems nur wenig Sympathie bei den Interessenten.

Die Verhältnisse der Hochwasserfreien - im Gegensatz zu den behördlich ebenfalls genehmigten, nicht hochwasserfreien - Teiche sind folgende: 1. Meier Mühlteich über den höchsten Hochwasserstand und 2/3 Meier Kronenbreite. Fertigestellte Bauten sind: Stradina-Jawobschütz; Domkowitz-Wienau; Koppau-Schönau; Mühlau-Belkowitz; Ritsch-Wanpersdorf; Dombräu-Allein-Bauschwitz; König- und Jüßel-Anhalt; Pomerzitz-Groß-Blumberg; Kämpitz-Kuritz. Im Bau befindliche: Baulitz-Twitzsch; Bartsch-Weidisch; Grünberg; Grotzen. Bauten mit Ueberlaufpolder sind: Seeitz bei Kamnitz. Im Bau befindliche: Polka-Jusel; Czarnowanz-Allein-Dobru; Stoberau-Nebuta; Schwanowitz; Friesen-Kotkows. Die im Bau befindlichen Arbeiten gehen schnell ihrer Vollendung entgegen. Ein geringere Arbeitsleistung erfordern die nicht hochwasserfreien Teiche. Aber auch hier sind gewisse Einschnitte, ähnlich wie bei Polder, vorgesehen, damit eine Wasseransammlung ebenfalls erfolgen kann.

Durch Verwallung sollen namentlich kleine Ortschaften vor dem Hochwasser geschützt werden. Einige jedoch bereits einzeln in die Vorarbeiten des Weichens bereits diesen Schutz. Die Interessenten wollen aber lieber ihre Polder geschützt sehen. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß weitere derzeitige Verwallungen vorgenommen werden können. Bei Ratibor ist die Vorflut durch die Brückenverwallung verbessert worden, daselbst ist bei Glogau vorgesehen, und gleichfalls bei Breslau. Hier war es ganz besonders notwendig, eine gewisse Wasserentlastung abzulassen. Aber auch das Eis mußte abgerieben werden. Man einigte sich schließlich auf einen Kanal durch das Schwarzwasserthal unter Zuhilfenahme der Alten Oder. Bei Breslau lag stets die Gefahr besonders nahe, daß durch Eisfestlegung Katastrophen heraufbeschworen werden könnten.

Schließlich kommt noch die abschließliche Deffnung des Polder in Betracht. Hier ist es wie bei Talsperren im Gebirge, nur wird daselbst Ziel auf bedeutend billiger Weise erreicht. Außerdem ist es möglich, das Land zwischen den Teichen dadurch der Bewirtschaftung freizugeben, daß man das

angefammte Wasser der Hochwasserfreie wieder nachschickt, sobald keine Gefahr mehr besteht. Die Polder lassen ungefähr 15 Millionen Kubikmeter Wasser. Die Teiche sind so besetzt worden, daß sie kaum durchbrochen werden können. Ein besonders großer Polder soll bei Orlau errichtet werden. Im Gegensatz zu den anderen Poldern, in denen das Wasser in festem Fluß gehalten wird, wird hier das Wasser stagnieren, während es gleichzeitig im Durchlauf aufgestaut werden soll.

Auch das Obergebiet ist als Vollkommene nicht erreicht, es kann aber erreicht werden. Hierzu ist auch eine Verwallung mit den österreichischen Behörden notwendig, damit diese Talsperren erbauen. Verhandlungen darüber schweben bereits, und es besteht die Hoffnung, daß sie erfolgreich sein werden.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte, in der die Anwesenheit des Hochwassers durch Staudecken empfohlen wurde. Oberbaudirektor Karonz hielt jedoch diese Wünsche für zurzeit unbrauchbar.

Neue Durchstichereien.

Der Korridor-Projekt ist noch nicht zu Ende, da kommt aus Posen die Nachricht von ähnlichen Konkurrenzmanövern in Krasnauer Manier.

Die Posener Bauinnuna und der dortige Unternehmerverband für das Baugewerbe haben an den Kriegsminister eine Eingabe gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß sich die Firma M. Hoffmann u. Co. in Posen Abschriften über Submissions-Angebote anderer Firmen verschafft habe. Mit Hilfe der durch diese Abschriften erlangten Kenntnisse gelang es dann der Firma M. Hoffmann von den Bauarbeiten, die infolge der Preisvermehrung ausgeschlossen sind, zu schläge i. Beiträge von 800.000 Mk. zu erhalten. Die ausgeschlossenen und somit geschädigten Bauunternehmer sind natürlich empört über diese Korridorverhältnisse und haben beim Kriegsminister um eine Audienz nachgesucht, um Remedur zu erwirken. Ob ihnen das noch gelingt, ist freilich fraglich.

Die schlesischen Ehescheidungen 1912.

In Preußen stieg 1912 die Zahl der Ehescheidungen seit 1901 von 4700 auf 10.797, oder von 77 pro Hunderttausend der Bevölkerung auf das Doppelte, auf 145. Diese Steigerung war eine ständige, und besonders groß in den Städten. Die Per-älteste war im vorigen Jahre für das und nur 55, für die Städte über 229, für die 4 Großstädte sogar 339. Mehr als die Hälfte aller preussischen Ehescheidungen kam allein auf die Großstädte. In der Provinz Schlesia wurden im vergangenen Jahre 841 Ehen rechtskräftig geschieden, im Jahre 573 in den Städten und 268 aus dem Lande. Berechnet auf je 10.000 bestehende Ehen war die Ehescheidungsrate für Schlesia nur 91, gegen 114 in Sachsen, 145 im Staatsdurchschnitt, 203 in Brandenburg und 262 in Berlin. Die schlesische Ehescheidungsrate ist also ungewöhnlich niedrig. Für das Land sinkt sie sogar auf 45 herab, für die Städte beträgt sie 179. Auch das ist gegen die dem Staatsdurchschnitt von 229 recht mäßig. Es kann natürlich nicht sein, daß die Höhe der Ehescheidungsrate eine marantische Bedeutung habe, denn in vielen Fällen, wo das eheliche Verhältnis doch völlig unhaltbar gerüttelt ist, ist sie für beide Teile ein Segen.

Leib, 7. November. Die Stadlverordneten wahlen der Dritten Abteilung brachten für die Sozialdemokratie diesmal leider keinen Erfolg. Ungünstigerweise ging unsere Stimmenzahl im Vergleich zu der letzten Wahl sogar zurück. Die bürgerlichen Kandidaten wurden deshalb mit sehr großer Mehrheit gewählt, auf sie entfielen 257 bis 279 Stimmen. Die sozialdemokratischen brachten es nur auf 41. Ueber den dauerlichen Stimmenrückgang werden sich unsere Genossen noch ganz ernsthaft auszusprechen haben.

Glogau, 6. November. Ablösung des Brückengolles. Die Ablösung des Brückengolles ist durch Abkommen der Kreisbehörde mit der Stadlgemeinde nunmehr geredet worden. Es soll der Stadt eine Abfindungssumme von 150.000 Mark oder eine laufende Rente von 6000 Mark jährlich gewährt werden. Der Brückengoll soll nach Fälligkeit der zweiten Rate mit 50.000 Mark verfallen. Die zweite Rate wird am 1. April 1914 ausbezahlt werden.

Leib, 7. November. Auf zur Stadlverordnetenwahl! Am Montag, den 10. November, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr und am Dienstag, den 11. November, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags finden die Wahlen zur Stadlverordneten-Versammlung für die dritte Abteilung im Saale des Gesellschaftshauses statt. In dieser Zeit muß jeder Wähler von seinem einzigen Recht in der Kommune Gebrauch machen und gewählt haben. Die Gegner, der Bürgerverein freisinniger Richtung und die Konservativen, die sich Bürgerbund für kommunalen Fortschritt nennen, sind bis jetzt noch nicht an die Öffentlichkeit getreten, im Gegensatz zu den Wahlen vor vier und zwei Jahren, wo die Arbeiterkandidaten auf das schäblichste beschimpft wurden. Kein Arbeiterwähler lasse sich dadurch in Sicherheit wiegen. Die Gegner werden wieder in letzter Stunde versuchen, den roten Lappen zu schwenken und vor der sozialdemokratischen Mißwirtschaft und „Schreckensregiment“ zu warnen. Wie die Gegner über die Berechtigung der Arbeiter, auch ihre Vertreter in das Stadlparlament zu senden, denken, beweist das Stadlblatt, das über den prächtigen Sieg unserer Genossen in Görlitz schreibt: „Wir wollen hoffen, daß sich die bürgerlichen Wähler in Jauer besser bewußt sind, als die in Görlitz, wenn verhindert werden soll, daß auch nur ein Sozialdemokrat seinen Eingang ins hiesige Rathhaus hält.“ Arbeiterwähler, merkt es Euch! Zum Steuern zahlen seid Ihr gut! Verleant Ihr aber Rechte, dann will man Euch an die Wand drücken. Das darf nicht geschehen! Arbeiterwähler, gebt hierauf die richtige Antwort und erscheint alle zur Wahl und wählt die folgenden Kandidaten der Arbeiterkandidaten:

- Gustav Rüge, Lagerhalter, Ernst Wittig, Zigarrenmacher, Heinrich Hännig, Steinarbeiter, Paul Wilner, Zigarrenfabrikant, Wilhelm Stiller, Schmied, Hermann Geister, Stellmacher, Paul Förster, Stellmacher.

Wenn es Ernst mit seiner Lage ist, und wer da wagt, daß die Interessen der Arbeiterklasse im Stadlparlament von den dazu Berufenen wahrgenommen werden sollen, der wähle die oben genannten Kandidaten. Müher wir die kurze Zeit, die uns noch bis zum Wahltermin zur Verfügung steht, aus. Die tätigen und sonstigen Wähler müssen aufgerufen, an ihre Pflicht erinnert werden. Zu diesem Zweck werden arbeitsfreie Genossen für Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in den „Grünen Adler“ eingeladen.

Kein Kompromiß. Die Konservativen und der Reichsverband hatten an den Bürgerverein das Ersuchen gerichtet, die Kandidaten zur Stadlverordnetenwahl gemeinsam aufzustellen. Vorläufig hat der Bürgerverein ein Zusammengehen mit dieser Gesellschaft wahrscheinlich aus Meinheitsgründen abgelehnt. Vielleicht werden die Gewissensbisse bis zum Wahltag noch belästigen. Die Arbeiterwähler müssen auf der Hut sein.

Schweidnitz, 7. November. Verhaftung eines Mörders. Dem Gerichtsgenossen eingeliefert wurde der Arbeiter Werner aus Gottesberg, der dem Arbeiter Raffel auf offener Straße mit einer Art den Schädel spaltete, so daß dessen Tod bald eintrat. Werner wird sich vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten haben.

Greiffenberg, 7. November. Von einem Baum erschlagen. In Geppersdorf hiesigen Kreises ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Beim Roden eines Apfelbaumes ging der 80jährige Karl Stegger um den Baum. Dieser kam zum Fallen und erschlug den Greis. Erst nach Zerlegen des Baumes war es möglich, den Bedauernswerten als Leiche hervorzuziehen.

Reife, 7. November. Zurückgedrängt. Bei der am Montag stattgefundenen Vertreterwahl der Ortskrankenkasse erhielt die christliche Liste 106, die der freien Gewerkschaftler 49 Stimmen. Bis jetzt haben die Schwarzen allein hier geherrscht.

Aus aller Welt.

Zu dem Eisenbahnunglück von Melun.

Wie aus Melun gemeldet wird, wurden bisher 40 Leichen gefunden; da aber sechs Personen noch als vermisst gelten, so befürchtet man, daß das furchtbare Eisenbahnunglück 45 Todesopfer gekostet haben dürfte.

Die Körper der meisten Toten sind so furchtbar verstümmelt und verbrannt, daß sich weder Geschlecht noch Persönlichkeit feststellen ließ. Neben den Leichen der Vergunasteten unter dem Schein von Aktylenlampen noch an. Aus Tiron war ein wichtiger Kran herbeigeschafft worden, um den Lokomotivender zu heben, unter dem noch mehr Leichen lagen. Mit unendlicher Mühe gelang es den Soldaten, alle Opfer des Eisenbahnunglücks aus den Trümmern frei zu machen.

Die unter den Tender der Lokomotive geratene junge Frau Amie hat wiederholt, man möge ihren Leiden mit Gift ein Ende machen. Ein Kran wurde aus Paris geholt um die Maschine zu heben. Als aber der Kran ankam, merkte man, daß man die elektrischen Projektoren vergessen hatte. In der Finsternis konnte die Arbeit nicht in Angriff genommen werden. Ärzte machten der armen Frau Morphiumeinprägungen. Sie hatte noch die Kraft, ihren Schmutz abzunehmen und den Wertigen mit der Bitte zu übergeben, die Sachen ihrer Mutter zu senden. Kurz darauf machte der Tod ihrem entsetzlichen Leiden ein Ende.

Der eigentliche Schuldige.

Allem Anschein nach ist, so berichtet der Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“, das furchtbare Unglück durch eine Schlampe erst herbeigeführt worden, für die man den Maschinenführer Dumaine als Schuldigen büßen lassen möchte, obgleich er sicher nicht der schuldigste Teil sein dürfte. Denn die Maschinenführer von der Südbahn-Gesellschaft P. L. M. erklären jetzt, daß sie schon seit geraumer Zeit immer wieder von der Direktion des Unternehmens verlangten, daß endlich einmal die Signale an der Einfahrt des Bahnhofes von Melun eine andere Aufstellung erhalten, und zwar auf einem Punkte, von dem aus sie deutlich sichtbar ist. Aber aber befinden sie sich an einer Stelle, wo sie bei einem Weiter erst aus ziemlicher Nähe wahrzunehmen werden

können, bei halbwegs unruhiger Luft dagegen gar nicht. Als noch die alten, langsam fahrenden Lokomotiven verwendet wurden, führten die Maschinenführer in ihren Eingaben aus, konnte man sich wegen der geringeren Geschwindigkeit leichter helfen, wenn man erst im letzten Augenblicke sah, daß die Einfahrtssignale von Melun aufholt gestellt waren. Als aber die Gesellschaft die gewöhnlichen Schnellzugslokomotiven anschaffte, die 100 bis 150 Kilometer in der Stunde machen können, konnte auf so kurze Strecken nicht mehr rechtzeitig gebremst werden. So verlangten denn die Maschinenführer immer wieder eine Aenderung in der Aufstellung der Signale nicht nur bei Melun, sondern auch bei anderen Bahnhöfen der Südbahnstrecke, allein vergebens. Aus allen diesen Gründen fordern sie jetzt die sofortige Freilassung des verhafteten Kollegen Dumaine; denn nicht dieser, sondern die

Gaunfertigkeit der Direktion.

sie sich nicht dazu entschließen konnte, die verlangten Aenderungen vorzunehmen, trage die Schuld an dem Unglück. Auch der Verein der ambulanten Postbeamten hat sich diesem Vorgehen der Maschinenführer angeschlossen. Er teilte heute mit, daß er die Direktion der Südbahn-Gesellschaft schon vor Jahr und Tag auf die furchtbare Gefahr aufmerksam machte, die darin liegt, daß der nach Südfrankreich gehende Postzug Nr. 2 daselbst Hauptgeleise zu übersehen hat, das wenige Minuten vorher der aus Marseille kommende Gegenzug Nr. 11 passiert. 6 Minuten Verspätung, und ein furchtbares Unglück könne geschehen. Man sieht, wie schwerlich sich die Prophezeiung erfüllt hat, die in jener Eingabe des Vereins steht, die die Direktion der Südbahn-Gesellschaft in ihren Archiven verwahrt liegt.

Maschinenführer interpellieren den Minister.

Eine Delegation der internationalen Föderation der Mechaniker und Feiler unter Führung ihres Präsidenten sollte Donnerstag morgen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten empfangen werden. Dieser ist jedoch „leiden“ und deshalb wurde sie von dem Rabinetschef empfangen, welchem sie den Fall des Lokomotivführers Dumaine vortrug. Der Rabinetschef erwiderte, daß die Angelegenheit bereits dem Gericht vorliege und daß er vorläufig nichts tun

könne. Er werde aber mit dem Justizminister in der Angelegenheit Rücksprache nehmen.

Anfall des D-Zuges Hamburg-Stettin.

Ein Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht zum Donnerstag nicht weit von Neubrandenburg ereignet. Der D-Zug Hamburg-Stettin, der Neubrandenburg gegen 10 Uhr verließ, stieß in der Nähe der Stadt mit drei Güterwagen zusammen, die sich beim Rangieren losgerissen hatten und in rascher Fahrt die abfallende Strecke nach Neubrandenburg hinunterfuhren. Die Maschine und der Packwagen des D-Zuges entgleisten und wurden zertrümmert, ebenso die drei Güterwagen. Der Feiler erlitt einen Nervenschock, lief in den nahen Wald und konnte bisher nicht aufgefunden werden. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Die Passagiere kamen ohne Verletzungen davon.

Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig; die Passagiere wurden stark geschüttelt und außer dem Lokomotivführer erlitten noch zwei Leute vom Fahr dienste schwere Verletzungen. Der Zug hatte so starken Materialschaden, daß er ausgetauscht werden mußte. Die Passagiere kamen erst Donnerstag morgen um 3 Uhr in Stettin an.

Ein geheimnisvolles Verbrechen in New York. Die Schlußtragödie einer italienischen Bendetta spielte sich am Montag in dem ärmlichen Viertel von New York ab. Ihr Opfer wurde die achtzehnjährige hübsche Frau von Salvatore Nocero. Seit dem 12. Oktober hatte Nocero unterschriebene Drohbriefe erhalten, in denen er aufgefordert wurde, seine Frau und sein Kind aufzugeben, und 40000 Mark dem Briefschreiber zu zahlen. Sollte Nocero sich weigern, würde seine junge Frau ermorde werden. Salvatore kümmerte sich nicht um die Drohungen, schärfte aber seiner Frau ein, die Wohnung nicht zu verlassen und die Tür nur zu öffnen, wenn dreimal angeknöpft und ein bestimmtes Stichwort gegeben würde. Als Nocero am Montag abend von der Arbeit zurückkehrte, fand er seine Frau mit eingeschlagenem Schädel und durchschrittenem Dalte am Boden liegen. Neben ihr lag ihr Baby und streckte das Gesicht der Mutter. Die nähere Untersuchung ergab, daß auf der Brust der Toten ein großes lateinisches „V“ eingeschrieben war. Die Polizei meint, daß die Gesellschaft der „Schwarzen Hand“ mit diesem Verbrechen nichts zu tun habe, daß der Mord vielmehr das Werk eines Italiensers sei, dessen Vorname mit einem „V“ beginne und der sich vor der Verheiratung der jungen Frau mit Nocero um deren Hand beworben hätte. Der Schuldige konnte aber bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

Oppeln, 7. November. Unzufriedenheit auf ein Wort-
aus. Nachts etwa gegen 10 Uhr wurde ein Attentat gegen
den königlichen Hofmeister in Danzig (Kreis Oppeln) ausge-
führt. Der Hofmeister befand sich mit seiner Gattin, sowie seiner
verheirateten Tochter in der hell erleuchteten Wohnstube, als
plötzlich ein Schuß die oberen Fensterhölzer durchdrang und die
eingelassenen Kugeln im Zimmer verstreuten. Die Patronen muß mit
Kesselposten verschiedener Art beladen gewesen sein. Als mit-
malische Täter wurden der Hausknecht Franz Kubanek, sowie
desen Bauer festgenommen. Eine Durchsuchung der Wohnung
ergabte in einem Kasten eine Kiste mit Sägen, sowie ein Fern-
glas, Uhr und Pulvermeßer zutage. Bei der Vernehmung ver-
weideten sich beide wiederholt in Widersprüche.

Neustadt, 6. November. Die dringende Not-
wendigkeit, daß jeder gewerkschaftlich organisierte gleich-
zeitig Mitglied der sozialdemokratischen Partei werden soll,
bildete Parteifreier Schollich in einer Verammlung des
Nahvereins in Deutsch-Rastelwitz. Der Redner wies nach ein-
gehender Begründung speziell auf den Ernst der gegenwärtigen
Situation hin, wo die Schanzmacherverbände der Unter-
nehmer alle Kräfte anspannen, durch Vererbung der Gewerbe-
ordnung, Verbot des Streiklostennehmens usw. den Lebens-
nerv der Organisationen der Arbeiterklasse zu unterbinden. Aus
diesem Grunde dürfen und können Arbeiter, besonders politisch
und gewerkschaftlich organisierte, bürgerlichen Vereinen, besonders
Militär- und Kriegervereinen, niemals angehören, da diese doch
nur geschaffen worden sind zur Bekämpfung der Arbeiterklasse
und ihrer Partei. Als Statistiken sind Arbeiter dort gebildet;
die Beiträge werden aber zur eigenen Unterdrückung verwendet.
Das muß jedem Arbeiter klar gemacht werden, damit er diesen
Vereinen den Rücken kehrt. Unter Beifall schloß Genosse Schollich
eine treffenden Mißführungen. In der Diskussion irachten sich
mehrere Genossen im Sinne des Vortrages aus. Vom Kreis-
vorsitzenden G. Kluge wurde auf die arbeitslose Zeit im Winter
hingewiesen und gebeten, diese zur Erweiterung des Wissens aus-
zunutzen. Für Lesematerial soll gesorgt werden. Im kommenden
Winter soll auch ein Bildungskursus abgehalten werden.

Politische und gewerkschaftliche Organisationen, die im Be-
reits von überflüssigen Büchern und Broschüren sind, die sie un-
entgeltlich ohne Bedenken abgeben können, werden gebeten, diese
in den Unterzeichneten zu senden, um es zu ermöglichen, auch
für die Organisation in Deutsch-Rastelwitz eine wenn auch nur
beschränkte Bibliothek anzulegen. Für jede Sendung im voraus
besten Dank. Die Parteipresse allerorts wird um Abdruck ge-
beten.
J. M. J. Kluge, Neustadt, Künzendorferstr. 9.

Aus Oberschlesien.

Reuthen, 7. November. Stadtvorordneten-
wahl. Am Mittwoch fanden hier die Stadtvorordnetenwahlen
der III. Abteilung statt, ohne daß irgend ein Mensch etwas
davon merkte. Es beteiligte sich nur das Zentrum. Von den
312 Wahlberechtigten haben nur 687 ihr Wahlrecht ausgeübt,
das sind und 10 Prozent. Interessant ist, daß das Zentrum
diesmal einen Arbeiter, den Tischler Kuschke, gewählt hat.
Der Kuschke verdankt sein Mandat nur der Furcht vor der Ver-
teilung der Sozialdemokraten und Liberalen. Da diese un-
begründet war, so hört man jetzt auch schon Zentrumstimmen,
die Kuschke lieber wo anders läßen.

Am Donnerstag war die Wahl für die II. Abteilung. Die
„mutigen Liberalen“, deren Kompromißangebot das Zentrum
ablehnte, blieben schön zu Hause und so wurde die Zentrumskliste
ohne Gegenkandidaten glatt gewählt. Die Liberalen, die sich
noch im letzten Jahre mit aller Macht an der Wahl beteiligten
und nur wegen ihrer Unstreifigkeit unterlagen, legten befürchtend
gegen die Wahl mit Erfolg Protest ein. Vor diesem Sieg ist
ihnen angst gemorden, deshalb boten sie einen Handel an und
blieben zu Hause.

Reuthen, 7. November. Seinen Verletzungen
erlegen ist der im Schlafhause zu Hohenlunde von seinem
Landesmann in die Brust gestochene Galtier. Die Ursache des
Streites ist in einer Geldforderung des Mitleidlers an sein
Opfer zu suchen. Der Messerhieb wollte zu seinen Verwandten
nach Hause fahren und verlangte von seinem Kollegen das ihm
geborgte Geld zurück, das dieser ihm aber nicht geben konnte.

Königshütte, 7. November. Im Delirium. Der
Grubenfriede Scheithauer, der an Delirium leidet, ver-
suchte Donnerstag früh seiner zehnjährigen Tochter, die im
Seite lag, mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden.
Er wurde von seiner Frau daran gehindert. Darauf
versuchte er einen Selbstmord, indem er sich die Kehle durch-
schnitt und wollte, er trug schwere Verletzungen davon.

Königshütte, 7. November. Gefahren der Grube.
Donnerstag wurde auf der „Schleifengrube“ durch einen
elektrischen Zug auf der Förderstrecke unter Tage der Bergmann
Luczak überfahren und getötet, während der Schlepper
Kurpas schwere Fleischverletzungen davontrug.

Königshütte, 7. November. Zum Nord auf der
Polizeiwache. Am Montag fand in der Angelegenheit des
auf der Polizeiwache von den „Schulkeuten“ Kofott und
Begehaupt ermordeten Brubnerarbeiters Grzyb auf dem
Rathause ein Lokaltersmin. Beide Ordnungshüter, die nach
wie vor die Tat trotz erdrückender Beweise bestreiten, wurden
aus der Untersuchung dazu vorgeführt.

Vom Ritualmordprozeß.

Kiew, 6. November.
Der Staatsanwalt erklärte in der Verhandlung am
Mittwoch, der Prozeß werde nur deshalb eine
Verdammung, weil auf der Anklagebank ein
Jude sitze. Er verglich Johann den Prozeß mit der Dre-
fusaffäre. Das Judentum fürchte, daß es, wenn Weiss
verurteilt werde, nachher zu Auswanderungen komme. Die
Regierung jedoch „besüßige“ (?) alle ihre Untertanen, daher
keine Grund, Pogrome zu befürchten. Die
amen Massen unter den Juden seien an der einstündigen Be-
wegung unbeteiligt, doch ihre Führer brachten das jüdische Volk
in Gefahr. Der Staatsanwalt gab der Uebersetzung Ausdruck,
daß Krawatski die wahren Schuldigen kenne, aber ihre Namen
den Gerichten nicht mitteilen wolle. Der Versuch, dem Tschel-
jat zu verbüßigen, sei völlig mißlungen. Das weitere gab der
Staatsanwalt eine eingehende Kritik der Zeugenaussagen und zog
den Schluß, Weiss habe Zushinski in die höhere Wohnung
von Frau Pukis geschleppt; dort sei der Mord begangen wor-
den. Der außer Weiss daran beteiligt gewesen sei, bleibe un-
bekannt. Diejenigen Sachverständigen, welche miteinander über-
einstimmen, hätten bemerkt, daß man Zushinski gemartert
habe, um sein Blut zu gewinnen. Die Frage, was für eine
jüdische Zeit- und Brauch und zu welchen Zwecken, sei nicht
zu entscheiden. Er wolle nicht die jüdische Religion als solche,
die in vielen mit der christlichen übereinstimmen, beschuldigen;
es handle sich vielmehr um einzelne Familien oder um eine
Klasse, die noch nicht näher bekannt sei. Mitten in seinen
Aussagen wandte er sich an die Geschworenen und er-
klärte: „Ich weiß ja nicht, ob ich Sie überzeugen habe. Aber
wie auch der Ausgang sein mag, es ist gut, daß der Prozeß
abgeschlossen hat.“ Dann berief sich der Staatsanwalt auf das
Ausland. Es sei nicht wahr, daß allein in Rußland solche Pro-

zesse vorkämen. Ein Beispiel sei der Fall Kilsner in Polen.
„Wäge Andrusjka“, führte der Staatsanwalt fort, „das Büch-
er für Rußland und die russischen Män-
ner werden. Jeden Tag solle man in Rußland des Andrus-
jka gedenken. Ich bin sicher, daß

das russische Volk zu Andrusjka im Fahren
und an seinem Grab beten wird. Mögen darum die
Geschworenen ihn lassen und dessen eingedenk sein, daß sie seinen
Namen, den Präsidenten Stolypin, zum Muster nehmen
sollen, dem erst vor kurzem in Kiew ein Denkmal errichtet
wurde. Mögen sie von ihm Unerbittlichkeit und Festigkeit ler-
nen und keine Rücksicht nehmen.“ — Donnerstag haben die Ver-
handlungen mit dem Plaidoyer des höchsten Verkäufers des An-
klaas, Samilowski, begonnen. Samilowski ist eine Rede ununter-
brochen und enthält nur eine abermalige Wiederholung der Details.
In Saratow hat eine starke Kollation des
Verbandes christlicher Leute zur Vorbereitung
von Pogromen begonnen. In der Mittwochs-Abendung der
Kriegsdrucke nannte der Sozialdemokrat Kerenstki
den Verstoßprozeß ein Staatsverbrechen; der Prozeß
verdanke seinen Ursprung jener Gruppe, die als vereinigte
der Adel Rußlands ihr schändliches Wesen treibe. Dem
Redner wurde das Wort entzogen. Der frühere Minister für
Volksaufklärung Sanger erklärte in einem Interview das ganze
Gedächtnis von Parnaitis für eine schmachvolle
Täuschung. Parnaitis habe viele Pläne angeführt, die in
den Quellen garnicht vorhanden seien. Der Advokat en-
verband am Petersburger Gerichtshof hielt
eine Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, in einem
Telegramm an das Kaiserliche Gericht in den härtesten Ausdrücken
gegen die offene Untergrabung der Gerech-
tigkeit im Prozeß Weiss zu protestieren. Der Prozeß wird
als Schand- und Schand für ganz Rußland bezeichnet.
In der Universitäts kam es während einer Vorlesung des Professors
Moskoffow, der als Sachverständiger in Kiew
ständig gewesen war, zu Skandaliszenen. Die Studenten
entfingen ihn mit Pfaffen und Schreien, in das sich laute Ruf-
wörter „Mörder“ mischten. Die Studenten demohlierten einen Teil
des Auditoriums.

Parteiangelegenheiten.
Vom Fortschritt der Bildungsarbeit. Bei unserem Zentral-
bildungsausschuss hat sich dieser Tage ein deutscher sozialdemo-
kratischer Bildungsverein aus Montreal in Canada angemeldet
und um Zusendung von Materialien gebeten. Der Bildungs-
verein ist im Juli dieses Jahres von fünf Genossen gegründet
worden. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl auf 35 erhöht
und die Genossen hoffen bis zum Ende dieses Jahres auf 50 zu
kommen. In dem Bericht an den Zentralbildungsausschuss heißt
es, daß ein vorläufiger Geist unter den Mitglidern herrsche.
Die ersten Veranstaltungen, die in eigenen Versammlungen
und Lesesimmern abgehalten wurden, hätten gute Erfolge gehabt.
Eine Bibliothek sei im Entstehen begriffen, eine Buchhandlung
werde in nächster Zeit eröffnet. Bei der Buchhandlung „Vor-
wärts“ in Berlin habe man Bücher im Betrage von 170 Mark
bestellt, wovon die Hälfte bereits feste Bestellung der Mitglieder
sei. Die Genossen geben die Versicherung ab, daß sie bemüht
sein werden, den guten Ruf der deutschen Sozialdemokratie auch
dort im ferneren Auslande zu rechtfertigen.

Eine Anklage wegen Verächtlichmachung des Militarismus.
Auf Veranlassung der Oberfeld der Staatsanwaltschaft hatte
bekanntlich vor einigen Wochen die Polizei im ganzen deutschen
Reich eine Jagd auf die im Verlage des Niederrheinischen Agri-
kulturforschungsvereins in Oberfeld erschienene Broschüre: „Wer will
unter die Soldaten?“ von Peter Winnen veranstaltet und dabei
auch in Preßlau und Liegnitz Hausdurchsuchungen vorgenom-
men. Die Leute ist im ganzen Lande gering gewesen, denn
es konnten nur einzelne Exemplare in den verschiedenen Partei-
buchhandlungen beschlagnahmt werden. Die Mehrzahl der nach
vielen Tausenden zählenden Anklage ist schon unter die Leute
gekommen. Jetzt hat der Staatsanwalt gegen die Genossen
Winnen-Tüschendorf als Verfasser und Wilhelm Ullmann-Ober-
feld als Verleger das Strafverfahren eingeleitet. Die beiden
Tünder sollen durch die Broschüre „den Militärdienst bezug den
Militarismus verächtlich gemacht“ haben. Die Anklage stützt sich
auf § 181 des Strafgesetzbuchs. Vernehmungen haben bereits
stattgefunden. Man darf mit Recht darauf gespannt sein, wie
die Staatsanwaltschaft aus dieser leidenschaftlichen, die jungen
Leute rein orientierenden Broschüre die Voraussetzung für einen
Aufreizungsprozeß schaffen will.

Gewerkschaftliches.
Verhinderung der Tarifvertragsabschlüsse
im Baugewerbe.
Seit dem Tage, wo die Zentralorganisationen der Arbeiter
im Baugewerbe und der Deutsche Arbeitgeberbund für das Bau-
gewerbe den Beschluß gefaßt haben, die Vorschläge der Unpar-
teilichen, Magistratsrats v. Schulz, Gewerbegerichtsdirektors Dr.
Frenner und Bürgermeisters Rath, zur Beilegung der Disse-
renzen im Baugewerbe anzunehmen, sind bereits sechs Monate
verstrichen. Man sollte annehmen, daß längst völlige Ordnung
in den Tariforten bestehen würde und alle Verträge ordnungs-
gemäß vollzogen wären. Leider haben von den ca. 800 Ta-
rifverträgen, die geschlossen werden sollen,
bisher nur 28 die unterchristliche Sanktion
erhalten und über alle übrigen Verträge besteht noch heute
keine Gewißheit, wann sie als endgiltig angenommen bezeichnet
werden können; ja man kann für eine Anzahl von Verträgen
heute nicht einmal den Ort ihrer Aufbewahrung angeben.
Diese ganz unerhörte Verhinderung ist ausschließlich auf
das Verbot des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu-
rückzuführen, nach dessen Anweisungen Bestimmungen in die
örtlichen Verträge hineingeschrieben worden sind, die von den
Zentralvorständen der Gewerkschaften unter allen Umständen ab-
gelehnt werden müssen. Es steht heute fest, daß der Vorstand
des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe über
einige Entscheidungen der Unparteilichen allgemeine Regeln auf-
gestellt hat, die zu beachten er seinen Ortsgruppen zur Pflicht
gemacht hat.
Es ist gewiß kein Zufall, daß außer Karlsruhe keine Groß-
stadt mehr vorhanden ist, die einen fertigen Vertrag hat, an dem
der Arbeitgeberbund beteiligt ist. Man fragt sich unwillkürlich:
welche Absicht steckt dahinter, und sollen die Arbeiter sich das
rechtig gefallen lassen?
Die Unparteilichen des Haupttarifamtes hätten auch wohl
Ursache, nach dieser Richtung hin einmal energisch einzugreifen,
soweit ihre Befugnisse dazu reichen. Jedenfalls kann es ihnen
nicht gleich bleiben, wenn all ihre Mühen um die Sache so
hintertrieben werden.

**Das Haupttarifamt im Malergewerbe zu den
Tarifbrüchen.**
Das Haupttarifamt im Malergewerbe beschäftigte sich am
2. und 4. November mit 16 Anträgen und Beschwerden zu den
Differenzen, die noch als Folge der Ausperrung im Maler-

gewerbe bestehen. Vor allem wurde über den Tarifbruch der
rheinisch-westfälischen Unternehmer beraten und mit 15 gegen
2 Stimmen folgende Entscheidung angenommen:

1. Gau 2 ist tarifbrüchig.
2. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im
Malergewerbe ist gemäß § 9 Abs. 1 des Reichstarifvertrages
verpflichtet, die im Gau 2 organisierten Meister aus ihrer Or-
ganisation auszuscheiden. Von dieser Maßgabe werden die
Meister nicht betroffen, welche den Reichstarifvertrag nebst den
dazu ergangenen Schiedssprüchen anerkennen und sich in irgend
einer Form dem Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände
im Malergewerbe angliedern.
3. Zu der für eine Anzahl Städte wichtigen Frage des Ver-
fahrens für die Festsetzung der über den Schiedsspruch hinaus-
errungenen Löhne während der Ausperrung, machten die Un-
parteilichen einen Vorschlag, der, weil er den Unternehmerver-
tretern zu weit ginge, den Gehilfenvertretern aber nicht bestimmt
genug war, keine Mehrheit fand. — Die übrigen Fragen, mit
denen sich das Tarifamt noch beschäftigte, haben weniger all-
gemeines Interesse.

Es ist nun vor allem abzuwarten, ob der Unternehme-
rverband seine ihm auferlegte tarifliche Pflicht: den tarifbrüchigen
Hauptverband Rheinland-Westfalen auszuschließen, erfüllen wird
und welche Konsequenzen sonst noch aus dem Abfall dieser
Unternehmergruppe entstehen werden.

Deutsches Reich und Ausland.
Merzte und Krankenkassen. Nachdem in dem gegenwärtigen
Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten der Leipziger Verband
die Lösung herausgegeben hat, ohne örtliche Verträge mit den
Krankenkassen zu praxizieren, falls nicht bis 1. Januar 1914
eine Einigung für das ganze Reich erzielt ist, folgen dieser An-
forderung sehr viele Merzte. So ist u. a. die badische Merz-
kammer diesem Beschluß beigetreten, obgleich in den meisten
Städten für die Merzte die Aussicht bestand, günstige Verträge
mit den Kassen abzuschließen zu können.

**Konflikt zwischen Merzten und Krankenkassen in der Ober-
lausitz.** Die Kassenvertreter der Amtshauptmannschaft Zittau,
Lößau, Bauzen und Kammen haben beschlossen, an das
Oberversicherungsamt Bauen den Antrag auf Genehmigung
zur Anwendung des § 370 der Reichsversicherungsordnung zu
stellen.

Krankenkassenwahlen. Bei der Wahl des Ausschusses der
Allgemeinen Krankenkasse Stuttgart fielen von 39 585 ab-
gegebenen Stimmen auf den Vorschlag der freien Gewerkschaften
31 477, auf den Vorschlag der vereinigten Nationalen und Christ-
lichen wurden 48, von ihren Gegnern 12 Vertreter gewählt. Im
Vorstand werden die freien Gewerkschaften durch 13, die übrigen
durch 3 Mitglieder vertreten sein. — In Lößau hatte der nationale
Mischmach unter Führung eines nationalliberalen Rechtsanwalts
verstimmt, die Wahlvorschläge zur rechten Zeit einzureichen. Der
Krankenkassenvorstand machte deshalb bekannt, daß die Liste des
Gewerkschaftskartells als gewählt zu betrachten sei. Die Abge-
ordneten wandten sich an das Versicherungsamt Lößau. Dieses
konnte aber auch nicht helfen. Der Vorstand hatte nach einer
Bekanntmachung des Oberversicherungsamtes Bauen gehandelt.
Die Klamierten riefen nun das Oberversicherungsamt an und
merkwürdigerweise kam von dort der Befehl, daß das Ober-
versicherungsamt entgegen seiner eigenen Bekanntmachung einer
Abweichung der bisher vertretenen strengen Ansicht über die
Freistberechnung nicht entgegenzutreten würde.

**Eine erneute Ausperrung im rheinisch-westfälischen Maler-
gewerbe** kündigt der Syndikus des Unternehmerverbandes für
Rheinland-Westfalen Dr. Coelsh in Wannen schon für nächste
Woche an. Alle Vorbereitungen sollen von den Unternehmern
schon dazu getroffen sein.

Lohnbewegung in der Karl Zeiß-Fabrik in Riga. Die Ar-
beiter und Arbeiterinnen der Zeiß-Fabrik in Riga der Firma Karl
Zeiß in Jena stellen Lohnforderungen. Sie verlangen eine
Lohnerhöhung von 10 Prozent, Regelung der Arbeitszeit und
einige sanitäre Einrichtungen im Betriebe. Die Löhne der Ar-
beiterinnen betragen 9 Kopfen pro Stunde, die der bestbezahlten
Mechaniker im Durchschnitt 22 Kopfen. Die Firma lehnt all-
gemeine Lohnerhöhungen ab und will nur nach Verdienst zu-
legen. Die Arbeiter sind sämtlich einig mit Ausnahme eines
Polen, der im Betri be stehen geblieben ist.

Um Fernhaltung des Zuguges nach Riga
wird gebeten.



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist
Kathreiners Malzkaffee. Je mehr Malz-
kaffee man zusetzt, umso köstlicher
wird das Getränk. Der Gehalt macht's!

Wäsche und Hausputz Unentbehrlich
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf
Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!